

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Barbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 951. Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pfg., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 Pfg. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühren: die schwebelste Seite 15 Pfg., Post-Beitragseite Seite 370.

Nr. 99.

Magdeburg, Freitag den 28. April 1905.

16. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen Magdeburgs! Sorgt für eine würdige Feier des 1. Mai!

Der italienische Eisenbahnerstreik.

Aus Rom wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben:

Sechs Tage standen die Eisenbahner im Ausstand. Sie waren keineswegs des Kampfes müde, in ihren Reihen machten sich keine Defektionen geltend, die den Ausgang ihrer Sache beeinträchtigen konnten, und doch ruhte auf allen die traurige Ueberzeugung, daß für die mal die Schlacht der Eisenbahner verloren ist.

Auf die Vorgeschichte des Streiks und die Ursachen, die ihn trotz der geringen Chancen auf Erfolg aufnötigten, wird man später in Ruhe zurückkommen können. Jetzt stand man vor der Frage: Zu welchem Zweck, in welcher Hoffnung soll noch weiter gestreift werden? Am Freitag nahm der Senat die Gesetze an, schloß sie mit Haut und Haar ohne jede Diskussion — was war dieser Tatsache gegenüber von dem Streik noch zu erwarten?

Wollte man auf das Parlament wirken, ihm durch die Drosselung von außen das Aufgeben des Knebelparagraphen abzwängen, dann mußte im Parlament selbst der Kampf einen kraftvollen Widerhall finden. Vor allem mußte dann die sozialistische Fraktion das Durchwringen des Gesetzes verhindern und Obstruktion treiben. Statt dessen waren überhaupt nur 13 von 28 sozialistischen Abgeordneten bei den Verhandlungen zugegen, als ginge die Sache die Person der Abgeordneten gar nichts an. Der Abgeordnete Gadaloni nahm keine das Wort, nur eine einzige namentliche Abstimmung wurde gefordert. Die Eisenbahner haben ein Recht, zu sagen, daß sie durch die sozialistischen Abgeordneten nicht die Unterstützung gefunden haben, die sie vielleicht erwartet hatten. Es ist kein Geheimnis, daß mehrere Fraktionsmitglieder zu ihrem ablehnenden Verhalten veranlaßt waren durch ihre Mißbilligung des Streiks. Ob das ein Widerungsgrund und nicht vielmehr ein Belastungsgrund ist, bleibe dahingestellt.

Zu einem Streik, der über Parlament und Mannheimer Zusammenschluß, der alle andern Arbeiterkategorien in seinen Wirbel hineinriß, zu einem jener Streiks, die in der Ferne das Gespenst des Aufstandes und der Revolution erscheinen lassen, dazu war der Anlaß und die Stunde nicht da. Dazu war der bürgerliche Angriff gar zu langsam und schleichen gekommen, dazu war die Sache, um die der Streik ging, zu unklar und zu theoretisch. Denn der praktische wirtschaftliche Grund, der für die Eisenbahner mitspielte, war den wenigsten klar und wurde nicht nur nicht nimmer den Eisenbahner das Recht auf den Solidaritätsstreik aller Arbeiter verschaffen. Was aber die Entstehung des Streiks rechtlich durch den Entwurf betrifft, so war sie mehr die Verletzung eines ideellen Rechts als eine praktische Verfügung und Verstümmelung der Machtmittel der Organisation. „Wer streift, fliegt hinaus“, das ist ja die stehende Rede jedes Privatunternehmers. Ist es zu verwundern, wenn sich der Staat als Unternehmer sie zu eigen machen und in Gesetzesform kleiden will? So wenig die Privatunternehmer dadurch das Streikrecht verkürzen, genau so wenig kann es der Staat, denn ihm wie dem einzelnen Kapitalisten gegenüber wird die siegreiche Masse der Streikenden stets als Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit die Forderung stellen, daß alle Ausständigen wieder angenommen werden. Vom bürgerlichen Staat zu verlangen, daß er sich als Unternehmer von vornherein verpflichtet, sein streikendes Personal nicht zu maßregeln, ist eben nur da möglich, wo sich die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse sehr verschoben haben, so sehr, wie es bis jetzt noch in keinem Staate der Fall ist.

Die Eisenbahner haben so eigentlich mehr um eine Rechtsurkunde als um das wirkliche Recht: um die Möglichkeit, sich eines Machtmittels zu bedienen, gekämpft. Die Bourgeoisie ihrerseits hat auch nicht ein wirkliches Machtmittel gegen die Eisenbahner errungen, sondern eine Fahne, ein Dekorationsstück. Es ist natürlich und begreiflich, daß die Organisation auch das leere Symbol verteidigen wollte, um so begreiflicher, als die Regierung so ausgesprochen provokatorisch vorging.

Aber begreiflich ist es auch, daß diese Verteidigung nicht das ganze Proletariat zum Kampf aufrief. Man kann wohl sagen, daß der Streik von Anfang an nicht allzuviel Chancen bot, eben weil ihm eine Bedrohung von weittragender praktischer Bedeutung nicht zugrunde lag.

Im Kern steckt sie freilich in dem neuen Entwurf und dieser Kern wird sicher wachsen und dann das ganze Proletariat einig finden zur Ausrottung der neuen Pflanze. Fortis hat es deutlich gesagt, was Giolitti längst schon plante: man will allen Arbeitern in öffentlichen Diensten das Streikrecht nehmen und will als öffentliche Dienste alle zur Lebenserhaltung der Gesellschaft unentbehrlichen Betriebe ansehen: Beleuchtung, Brotbäckerei usw. Hier ist tatsächlich eine schwere praktische Bedrohung, denn man muß hier zu weiteren Repressivmaßnahmen greifen, als es die Arbeitsentlassung ist, die heute schon besteht und diese Betriebe nicht vor Streiks schützt. Der jetzige Kampf wird in nicht allzu ferner Zeit auf breiterer Grundlage wieder aufgenommen werden.

Einstweilen war es schmerzhaft, zu sehen, wie trotz der großen Solidarität und Disziplin der Streikenden der Eisenbahnerstreik in eine Sadgasse gelangt war. Die Regierung hielt ein Minimum von Zügen aufrecht, das es dem Publikum möglich machte, abzuwarten. Es kam nicht gelegen werden, daß sich die Regierung gut vorbereitet und verhältnismäßig benehmen gezeigt hat. In der Wahl ihrer Mittel war sie freilich nicht prüde. In der Verwendung der telegraphischen Zensur hat sie sich noch unanständiger gezeigt als unter dem vorigen Kabinett. Anstatt Telegramme zu beschlagnahmen, wobei man doch wenigstens sein Geld zurückbekommt, ließ sie sie „lagern“, bis sie etwa so frisch ankamen wie ein Brief. Dann hat uns die Propaganda für den Streik unter dem Personal sogar dadurch zu verhindern gesucht, daß man Polizisten als Eisenbahner verkleidet und durch sie dann die — natürlich gegebene — Verhaftung der Agitatoren vornehmen ließ. Bei der Tragödie von Joggia lag auch das allerschwerste Verbrechen den für die Ordnung verantwortlichen Behörden zur Last fallen.

Ob die Streikbrecher auf den Ausgang des Streiks einen ausschlaggebenden Einfluß gehabt haben, ist nicht deutlich zu erkennen. Es scheint aber, daß der Minimaldienst mehr durch das Maschinenpersonal der Kriegsmarine, durch das höhere Bahnpersonal und durch das Eisenbahner-Bataillon als durch abtrünnige Arbeiter aufrechterhalten wurde. Die adriatischen Bahnen haben weit mehr Streikbrecher gefunden als die Mittelmeerbahnen.

Das Streikkomitee hat sich schließlich natürlich zu der Taktik bekannt, die einer großen Organisation ziemt: Nur kein Abbröckeln, nur kein langsames Sterben! Lieber ein plötzliches einigiges Abbrechen! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 27. April 1905.

Der silberne Teller oder wie's gemacht wird.

Vor einigen Wochen war's, als die „Nordd. Allg. Ztg.“, das offiziöseste der offiziellen Blätter, der schummeleiden bürgerlichen Welt folgenden Lektüribissen vorsetzte:

Der Kaiser empfing in Lissabon neben den Deputationen der deutschen Kolonien Lissabons und Portos auch eine Deputation der deutschen Glasarbeiter aus Amora. Diese hatten, obwohl der deutsch-sozialistischen Partei angehörig, bei der Nachricht vom bevorstehenden Kaiserbesuch spontan beschlossen, eine Deputation zu entsenden und dem Kaiser einen silbernen Teller als Guldigungsgeschenk zu überreichen. Als in der Versammlung, die diesen Beschluß gefaßt hatte, von einem der Anwesenden Widerspruch erhoben wurde, da Bebel mit einem solchen Geschenk nicht einverstanden sein würde, wurde dem Sprecher von allen Seiten entgegen, Bebel und die Parteileitung in Berlin gingen sich nichts an. Sie seien freie Männer, und wenn der deutsche Kaiser ins Ausland käme, wollten auch sie, wie alle andern Deutschen, ihrem Kaiser huldigen. Nach einem telegraphischen Bericht hat die vom Gesandten vermittelte Audienz dann stattgefunden. Der Kaiser nahm das Geschenk der Arbeiter sehr freundlich entgegen, sprach mit den einzelnen über ihre Arbeit und spendete der Arbeiterkolonie ein größeres Geldgeschenk.

Es wurde damals an dieser Stelle sofort betont, daß der Lektüribissen für den bürgerlichen Magen schwer verdaulich sei, da er aus — Papiermachee hergestellt wäre. Man hätte es bei den „deutschen Glasarbeitern in Amora“ nicht mit „deutschen Sozialisten“ zu tun, sondern bestenfalls mit solchen Männern, die sich um gar keine Politik, nicht einmal um bürgerliche Parteien kümmerten. Die Entdeckung „kaiserlicher Sozialdemokraten“ werde bei näherer Befichtigung so wenig standhalten wie irgend ein andres der vielen Mär-

chen, die von offiziellen Federn über die Mauferungen der Sozialdemokratie verbreitet worden sind.

Nunmehr liegt der Beweis für diese Behauptung vor. Unser Kieler Parteiorgan, die „Schlesw.-Holst. Volks-Ztg.“, hat sich der Mühe unterzogen, ihn herbeizuschaffen. Sie besitzt in Amora einen Abonnenten. Auf ihre Anfrage schickt dieser ihr folgenden Brief:

Amora, 15. April 1905.

Werte Redaktion!

Da in Nummer 79 Ihrer werthen Zeitung ein Artikel enthalten ist über den Kaiserempfang in Lissabon resp. eine Guldigung der hiesigen Kolonie beim Kaiser, so möchte ich Ihnen den wahren Sachverhalt schreiben. Ich wollte gern warten, da wir gern wollten den Einsender erfahren, aber es war uns bis dato unmöglich.

Es besteht nämlich seit dem 1. Januar hier eine deutsche Schule, welche der hiesigen Gesandtschaft von Lissabon untersteht, und deren Hauptzweck vom Deutschen Reich entrichtet wird. Als es bekannt wurde, daß der Kaiser nach Lissabon komme, so wurde unterm Kandidaten, welcher die Kinder in der Schule unterrichtet, von der Gesandtschaft beauftragt, daß die Schul-Kinder von Lissabon um Porto den Kaiser bei seiner Ankunft empfangen würden und unter anderem auch ein kleines Geschenk überreichen würden, so möchte auch er mit seinen Kindern, sich diesen beiden Städten anschließen. Es gab in unserer Kolonie keinen Widerspruch, schon wegen unres Kandidaten und wegen der kaiserlichen Gesandtschaft, welche sehr viel für unsere Schule übrig hat, und welcher wir auch verdanken, daß unsere schulpflichtigen Kinder, 36 an der Zahl, nicht verwaisten, wie die hiesigen Eingeborenen und aufwachsen wie die Wilden.

Es war selbstverständlich, von dem Kaiser ein Geschenk zu empfangen. Zwei Tage vor der Ankunft des Kaisers bekam der Schullehrer von der Gesandtschaft die Nachricht, daß das Geschenk kein Kind überreichen könne, sondern daß dies von einer Deputation von drei Mann geschehen müsse. Der Kandidat bestimmte drei Mann, welcher Vorschlag von der Versammlung, die den andern Tag stattfand, abgelehnt wurde. Unwahr ist, daß der Name „Bebel“ oder „Parteileitung“ in der Versammlung ausgesprochen wurde. Ich könnte mir auch gar nicht vorstellen, wie das angesehen sollte, da doch die meisten hiesigen Arbeiter bürgerliche Blätter lesen, keinem Verein angehören, mithin die Partei in keiner Weise unterstützen, darum auch gar keine Sozialdemokraten sein können. Wahrheit ist, daß der Kaiser die Arbeiter sehr freundlich empfangen hat, mit ihnen über ihre Arbeit sprach, und bei der Gesandtschaft ein Geldgeschenk für die hiesige Schule hinterließ. Das ist der wahre Sachverhalt.

Unser Kieler Parteiorgan läßt auf Grund dieses Briefes eine kleine wirkliche Gegenüberstellung der Aussagen folgen:

- | | |
|---|--|
| Dichtung: | Wahrheit: |
| 1. Der Kaiser empfing eine Deputation der deutschen Glasarbeiter aus Amora. | 1. Der Kaiser empfing eine Deputation der deutschen Arbeiter aus Amora. |
| 2. Diese gehören zur deutschen sozialistischen Partei. | 2. Die meisten Mitglieder der Gemeinde sind Sozialdemokraten. |
| 3. Sie hatten beschlossen, dem Kaiser einen silbernen Teller zu überreichen. | 3. Der Kandidat hatte ein Geschenk durch die Schul-Kolonie angebracht und die Gemeinde widerstand nicht, weil die Schule von der deutschen Gesandtschaft abhängig ist. |
| 4. In der Versammlung berief sich jemand auf Bebel. | 4. In der Versammlung sprach niemand von Bebel. |
| 5. Dem Redner wurde von allen Seiten erwidert, man kümmere sich nicht um die Parteileitung. | 5. Dem Redner wurde nichts erwidert, denn solcher Redner kümmert sich nicht um die Parteileitung. |
| 6. Es war beschlossen, dem Kaiser einen silbernen Teller zu überreichen. | 6. Es war beschlossen, dem Kaiser ein Geldgeschenk zu überreichen. |
| 7. Zwei Tage vor der Ankunft des Kaisers wurde das Geschenk bestimmt. | 7. Zwei Tage vor der Ankunft des Kaisers wurde das Geschenk bestimmt und eine Deputation von drei Mann berufen. |
| 8. Es wurden dem Kandidaten drei Mann bestimmt. | 8. Es wurden dem Kandidaten drei Mann bestimmt. |

Wer links die Dichtung und rechts die Wahrheit gelesen hat, der weiß jetzt, wie die Dinge lagen. Man hat die Abhängigkeit der Schulgemeinde bemerkt, um drei deutsche Arbeiter vor dem Kaiser mit einem Geschenk erscheinen zu lassen. Diese drei Arbeiter hat man dann — ob auch dem Kaiser gegenüber, das wissen wir nicht — sicher aber der Welt gegenüber als deutsche Sozialisten hingestellt, die den Kaiser lieben und auf Bebel so gut wie auf die Parteileitung pfeifen. Dann hat man die an sich geschmacklose Redame, die sich jetzt obendrein als eine Lüge ausweist, in alle Welt telegraphiert und die bürgerliche Presse, die freimütig wie die nationalliberale, die des Zentrums wie die der Konservativen hats Märlein jubelnd abgedruckt.

Jetzt aber, wo das Märlein sich als elender Schwundel entpuppt, wo sich zeigt, wie man alle Welt und wahrhaftig auch den Kaiser angelogen hat, jetzt werden nur wenige

bürgerliche Blätter den Unstand haben, der Wahrheit ihre Ehre zu geben.

So wird's gemacht, um „kaiserliche“ Sozialdemokraten präsentieren zu können, auf — silbernen Teller!

Schantung.

Ueber japanische Intrigen, die in China gegen Deutschland gesponnen werden, hat die „Nationalzeitung“ zu klagen. Die japanische Presse verfolgt mit Argwohn die Bemühungen der Deutschen, ihren Sonnenplatz von Kiautschou zu erweitern. Ein angesehenes Lektor Blatt behauptet, daß der chinesische Gouverneur von Schantung, Gutinghan, auf Betreiben des deutschen Gesandten entlassen wird durch eine andre Persönlichkeit, die sich deutschen Wünschen willfähriger zeige, ersetzt worden. Ferner habe Deutschland die Zurückziehung der chinesischen Beamten und Soldaten von der Küste bei Kiautschou und deren Ersatz durch deutsche verlangt. Es habe besondere Forderungen hinsichtlich der für den Handel neu eröffneten Plätze Tschantung und Weihien gestellt. Endlich habe es eine Ausdehnung der Bergwerkskonzessionen und die Konzession neuer Eisenbahnen, vor allem einer Bahn von Tsinanfu über Tsining nach der Küste von Kiangsu gefordert.

Die offensichtlich offiziöse Zuschrift, die die „Nationalzeitung“ aus Tsinanfu erhält, bezeichnet alle Behauptungen des japanischen Blattes als freie Erfindungen, die dazu bestimmt seien, gegen den deutschen Einfluß in China zu wirken. Nur was den Eisenbahnbau betreffe, so schweben noch Verhandlungen zwar nicht über die genannte Strecke, für die die Engländer konzessioniert seien, sondern über die Verbindung von Tsinanfu mit Tschang (an der Nordgrenze Schantung) einerseits und Tientsin andererseits. Diese Strecken seien Deutschland schon durch den Kiautschou-Vertrag von 1898 und einen weiteren Präliminarvertrag von 1899 zugestanden worden, und es handle sich gegenwärtig nur darum, den Präliminarvertrag (d. h. vorläufigen Vertrag) in einen endgültigen zu verwandeln.

Der Offiziöse aus Tsinanfu schließt seine Zuschrift pathetisch mit der Versicherung, daß er sämtliche Verdächtigungen gegen Deutschlands korrekte und loyale Haltung widerlegt habe.

Es läßt sich nach den vorliegenden einander widersprechenden Berichten natürlich nicht feststellen, ob die Haltung Deutschlands in China wirklich so loyal und korrekt sei, wie der Offiziöse aus Tsinanfu behauptet. Allerdings sind nicht bloß Loyalität und Korrektheit, sondern auch äußerste Zurückhaltung und Bescheidenheit in der deutschen Chinapolitik durchaus am Platze. Selbst wenn man es zugeben will, daß die deutsche Chinadiplomatie so ungeschuldig sei wie ein neugeborenes Kind, und daß die Behauptungen der japanischen Presse nichts andres seien als Verleumdung und Gehe, so kann einem bei diesen neuesten Nachrichten aus Ostasien doch nicht recht wohl werden. Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Die japanischen Weltpolitiker wären Ekel, wenn sie nicht die Möglichkeit in den Kreis ihrer Betrachtungen ziehen würden, es könne vielleicht einmal an der Zeit sein, Deutschland den „Nachvertrag“ mit Kiautschou abzunehmen. Darum sorgen sie jetzt schon dafür, daß die Deutschen in China nicht warm werden. Deutschland kann in Ostasien das schönste Recht auf der Welt haben, es fehlt ihm aber die Macht, dieses wirkliche oder vermeintliche Recht zu verteidigen.

Selbst der höchst gesteigerte Eifer der Flottenpatristen kann ihm diese Macht nicht verschaffen. Wenn die Ostasiaten sich erst zur Marine des Grafen Witow befehlen, alle hinauszuwerfen, die sich bei ihnen mausig machen, wird auch der dickste Diplomatenhädel begreifen, daß die Erwerbung eines ungeschützten und unsicheren Territoriums in China die verhängnisvollste Torheit gewesen sei, die vom weltpolitischen Don Quixote begangen worden ist. Bescheidenheit, äußerste Bescheidenheit und vorsichtige Wahrung des guten Einvernehmens mit allen Mächten ist darum die einzige Chinapolitik, die die deutsche Regierung allenfalls noch vor dem Volk zu verantworten imstande wäre.

Der Schiller-Nachfahre eines Juristen.

In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ führt der Justizrat Stranz im Hinblick auf die kommende bürgerliche Schillerfeier wie folgt über den tiefen Stand des deutschen Strafrechts:

Nicht auf dem geschäftigen Markt, seiner jüngsten Wirkungsstätte, feiert der Jurist das Gedächtnis an die hundertste Wiederkehr von Schillers Todestag. Rein, in der Stille. Den Zusammenhang zwischen der Ideenwelt Schillers und dem Gesetz, wo Schiller den Reigen führt und mit dem gerechten Stab jedem seine Rechte misst, führt er nach. Er begleitet den Weg Schillers, der zunächst ein Jahr lang in der juristischen, dann in der medizinischen Fakultät eingeschrieben war, aus der Enge der Fakultäten in das unermeßliche Reich des Gedankens, der Wahrheit und Schönheit. Da Schiller zur Menschheit sprach, soll er dem Juristen Raum sein? Dieser und treffendere Worte über die Erziehung des Menschen, auch zum Ideale des Rechts, gibt es nicht. — Die Schillerfeier, die das gesamte menschliche Handeln umspannt:

Rehnt die Gottheit auf in euren Willen,
Und sie preigt von ihrem Welkenhron.
Des Gesetzes strenge Fesseln bindet
Nur den Erlaubten, der es verschmäht.

Wie weit reicht ein Jahrhundert nach Schillers Tode, ansehnliche Zeiten seinen Forderungen zurück! Ein tiefer Abgrund gähnt auf dem Gebiet des Strafrechts zwischen Schul und Bühne, diesem großen Problem zugleich des Rechts und der Gerechtigkeit.

Eine bezeichnende Fälle aus neuer Zeit seien erwähnt. In Karlsruhe wird eine arme Räherin wegen Diebstahls in mehreren Fällen zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Sie hatte in anderer Sache ihrer Nachbarin 26 Schillinge Holz im Gesamtwert von 30 Pf. entwendet. Die beiden Nachbarinnen von je ein und zwei Tagen Gefängnis hatten. — In München wurde ein Mann zu drei Monaten

Verurteilt für sieben Diebstahlen im Werte von wenigen Pfennigen. — Vor einiger Zeit das Landgericht 1 Berlin gegen einen Mischling erkennen. Ein Arbeiter hatte sich diese sieben Stück, die beim Ausladen vorbeigefallen waren, angeeignet. In beiden Fällen war die anerkannte Strafe bei Annahme mildernder Umstände das Mindestmaß. So will es das Gesetz bei wiederholtem Rückfall (§ 244 Str.-G.-B.). Eine unbescholtene Hamburgerin stiftet ihren achtjährigen Jungen an, über einen Baum zu klettern und eine Latte (Wert 20 Pf.) zu entwenden. „Mutter wollte damit Feuer anmachen!“ Anstiftung zum Diebstahl aus einem umschlossenen Räume mittels Einsteigens (§ 243 Nr. 2 Str.-G.-B.). Eine Gefängnisstrafe von vier Monaten traf die Mutter.

Insbesondere mehren sich auch die Strafen gegen Jugendliche. Die Frankfurter Strafammer hat zwei Knaben von 13 und 14 Jahren wegen vorsätzlicher Gefährdung eines Eisenbahnzuges zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das Mindestmaß (§ 315 Str.-G.-B.). Anderwärts wird ein zehnjähriger Knabe wegen Schmuggels, wozu ihn der Vater anstiftete, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

In allen diesen Fällen, wie in vielen andern, die das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzen, liegt der Fehler im Gesetz, nicht bei den Richtern. Die strafrechtliche Behandlung der Rückfälligen widerstreitet allem sozialen Empfinden, die der Jugendlichen allen pädagogischen Erwägungen. Beide werden der Gesellschaft nicht zurückgegeben, sondern gehen ihr verloren. Alles dies weist mit Notwendigkeit auf die schon seit Jahr und Tag geforderte Reform des Strafrechts hin. Wann wird sie kommen?

Ja, wann wird sie kommen? Sie und viele andre Reformen, die die bürgerliche Gesellschaft einführen könnte, ohne ihren Bestand zu gefährden, und einführen müßte, wenn in ihren Organen auch nur ein Funken von Kulturgetrieben glüht?

Nicht früher, als bis die „alles zerstörende, alles vernehmende“ Sozialdemokratie mächtig genug ist, sie dazu zu zwingen! —

Die französische Einigung.

Der Einigungskongreß der französischen Sozialdemokratie trat zu Ostern in Paris zusammen. Anwesend sind 300 Delegierte, die zusammen 318 Mandate vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Resolution angenommen, in welcher Protest gegen die Regierungen in Linoges erhoben und eine strenge Untersuchung gefordert wird. Telegramme und Begrüßungsschreiben liegen vor von den serbischen, russischen, belgischen, holländischen, den luxemburgischen Genossen, sowie vom Genossen Bebel.

Den Bericht der Einigungskommission erstattet Dubrouilh. Im Anschluß hieran wird nochmals festgestellt, daß alle Organisationen der Einigung im Prinzip zustimmen. Die ersten 25 Artikel werden mit geringen Veränderungen angenommen. Der Artikel 16, wonach den Föderationen auch noch Delegierte zum Nationalkongreß nach Maßnahme der bei den letzten Wahlen erlangten Stimmenzahl zugebilligt werden soll, wird getrieben. Eine Kreisnehmer-Kommission wird beauftragt, einen Wahlmodus zur Wahl der Parteileitung auszuarbeiten und dem Kongreß vorzulegen.

Hierauf wird die Diskussion über die weiteren Artikel des Einigungsentwurfs fortgesetzt. Im ganzen verläuft fast vollständige Uebereinstimmung, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß der Entwurf bereits auf den Provinzial- und Nationalkongressen der einzelnen Parteigruppen und in der Einigungskommission selbst einer mehrfachen Durchberatung unterzogen worden ist. Zur Annahme gelangt eine Resolution, durch welche der Kongreß den Nationalrat beauftragt, eine besonderes Agitationsprogramm zu entwerfen. Danach soll ein besonderer Agitationsfonds gegründet werden, Partei-Agitatoren (Deputierte und Nicht-Deputierte) sollen durch das Nationalkomitee nach den Provinzen entsandt werden.

Zu Artikel 37 hatte der Kongreß der sozialistischen Partei von Frankreich (Guedi'en) einen Antrag gestellt, in welchem es heißt: „Die Abstimmungen der Deputierten im Parlament müssen entsprechend dem Parteiprogramm sein, ohne Rücksicht auf die Folgen bezüglich des Schicksals der bürgerlichen Ministerien, welcher Art diese auch sein mögen.“ Alle Redner, die hierzu das Wort nahmen, erklärten übereinstimmend, daß sie auf dem Boden der Antirparlamentarischen Resolution stehen, und so wird dieser Zusatzantrag abgelehnt, mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die im Zusatzantrag geforderten Garantien bereits im Text der Einigungskommission gegeben sind.

Ueber die weiteren Beschlüsse des Kongresses wird an dieser Stelle berichtet werden. —

Der Arbeitersieg in Limoges.

Die Absperrung in Limoges, die die Veranlassung der blutigen Straßenkämpfe war, ist mit einem Erfolg der Arbeiter beendet worden. Im „Stadthaus“ traten unter dem Vorherrschaft des Friedensrichters und unter Zuziehung eines Vertreters der Gemeinde und des Präsidenten der Handelskammer die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zusammen und nahmen folgende Artikel an:

1. Die Arbeiter erklären, daß sie in der Affäre Petrot (so heißt der ursprüngliche Verführer, gegen den sich der Streit geltend hat) des Prinzip der Unabhängigkeit des Unternehmers nicht einverstanden sind. Sie erkennen das Recht des Unternehmers an, die Arbeit zu leiten und die Vorgehensweise anzugeben.
2. Die Kommission der Unternehmer hält es, in Erwägung der Ereignisse dieser Tage, die die Situation Petrots in Limoges gefährlich gemacht haben, für ihre Pflicht, Herrn Theodor Haviland zu ersuchen, Petrot in seiner Fabrik in Limoges nicht mehr zu beschäftigen. Entlassungen aus Anlaß des Streits werden nicht erfolgen.

Der Unternehmer Theodor Haviland hat sich dieser Vereinbarung unterworfen und angezeigt, daß er seine Fabrik „ohne Mitwirkung des Herrn Petrot“ wieder eröffnen werde. Darauf traten die Arbeiter in allen Fabriken an.

Die Arbeiter haben also volle Genehmigung erhalten. Aber wieviel Leid und Elend hätte der Fabrikant der Stadt ersparen können, wenn er sich früher eines Besseren besonnen und die gerechte Forderung der Arbeiter ohne falschen Schloß erfüllt hätte! —

Norwegen.

Die norwegische Regierung hat die Aufforderung des Kronprinz-Regenten an die Regierungen Schwedens und Norwegens, neue Verhandlungen über die Konsultationsfrage anzubahnen, ablehnend beantwortet. Norwegen wird nunmehr das Verfahren einschlagen, das bald nach Bekanntwerden des Scheiterns der Konsultationsverhandlungen von der ganzen Bevölkerung gefordert wurde und Anlaß zum Austritt des Hagerup'schen Ministeriums gab. Man wird nämlich die norwegischen Absichten in der Konsultationsfrage durch einen „Storting“ beschließen durchsetzen, während Hagerup das ganze Unionsverhältnis zum Gegenstand von Verhandlungen machen wollte. Da die Spezialkommission des Stortings, die sich bereits seit Wochen mit der Konsultationsvorlage beschäftigt, bald mit ihren Beratungen fertig sein wird, muß die Entscheidung im Storting bald fallen. Voraussetzlich wird die Entscheidung im Storting so gut wie einstimmig erfolgen. Dann Annahme des Konsultationsgesetzes, die sich bereits seit Wochen mit der Entscheidung vor der Entscheidung stehen, ob er den Storting beschließen gutheißend soll oder nicht. Im vorigen Jahrzehnt gelang es zwar dem König, die in der Konsultationsfrage gefaßten Stortingbeschlüsse umzusetzen zu machen und damit die Norweger immer wieder zu veranlassen, den Weg der Verhandlungen zu beschreiten. Jetzt jedoch zeigt Norwegen ein vollständig verändertes Bild, da nicht bloß die Linke, sondern alle Parteien ohne Ausnahme hinter der Konsultationsfrage stehen. Auch die norwegische Sozialdemokratie verlangt, daß Norwegens Recht auf ein eigenes Konsultationswesen nicht durch Schweden verleiht werde. Norwegen würde diesmal selbst gegen das Wort des Königs die Konsultationsfrage durchzuführen suchen, was zunächst einen Kampf zwischen Storting und Königsmacht zur Folge haben müßte.

Die russische Revolution.

Die Bauernerhebung.

Das Lemberger Blatt „Slowo Polskie“ meldet aus Warschau:

Der Agrarstreit und die damit verbundenen Ausschreitungen in Podolien greifen in besorgniserregender Weise um sich. Am 22. d. M. begab sich ein größerer Trupp von Streikenden vor ein Haus in Russisch-Grodok, in welchem ein Sozialist wohnte, der den Agrarstreit bekämpfte. Das Haus wurde dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner vertrieben. Hierauf zog die Menge ab.

Bei Solokowic kam es zu Zusammenstößen mit dem Militär. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Das Militär ging gegen die Streikenden nur sehr langsam vor. Nachdem die Führer verhaftet waren, nahmen die Ausschreitungen einigermaßen ab. Die Bevölkerung erwartet die Ankunft einer Kommission aus Petersburg, welche die Grundstücke unter der Bauernschaft verteilen soll. Auf dem Papier haben die Bauern bereits die Teilung der Grundstücke unter sich vorgenommen.

Am 23. wiederholten sich die Unruhen in verstärktem Maße. In mehreren Dörfern wurde die Einrichtung der Gutsgebäude zerstört und die teilweise bereits bearbeiteten Felder verwüstet. Die Streikenden teilten die Felder unter sich auf. Einige Sozialisten, die mit den Streikenden nicht gemeinsame Sache machen wollten, wurden derart geschlagen, daß sie bald darauf starben. Als die Bauern sahen, daß das Militär nur mit geringer Energie gegen sie vorgehe, wurden sie immer übermütiger und begingen neuerliche Ausschreitungen. Für die kommenden Osterfeiertage werden große Unruhen befürchtet. In russischen und jüdischen Angehörigen. Einige Bauern, die mit den Gutsbesitzern auf gutem Fuße stehen, haben diese auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht und sie aufgefordert, ihre Wohnsitze noch vor den Feiertagen zu verlassen. Vielfach wird in den Flugschriften auch davon gesprochen, daß bei einer Weiterverbreitung des Anstandes österreichisches Militär einschreiten und Podolien besetzen würde.

Der Korrespondent des „Slowo Polskie“ behauptet, daß die Agitation vielfach auch von galizischen Agitatoren geführt werde.

In Russisch-Polen.

Aus Russisch-Polen wird gemeldet, daß der Generalkommandant sämtlicher Arbeiter für die nächsten Tage beordert. Aus allen Teilen des Gouvernements werden Ausschreitungen gemeldet. Zahlreiche Gewalttätigkeiten sind vorgekommen. Die Behörden verlangen Militärverstärkungen, da sie mit den wenigen Truppen, die ihnen zur Verfügung stehen, der bedrohlichen Situation gegenüber machtlos sind.

Amliche Lügen.

Ueber die Attentatsversuche gegen die Mutter des Zaren und den Bluthund Trepow wird von amtlicher Seite das folgende ungeschickte Dementi verbreitet:

Die Meldung einer Londoner Telegraphenagentur, daß eine gewisse Leontiew, die mit andern Anarchisten in Petersburg arretiert war, ein Komplott auf das Leben der Kaiserin-Mutter vorbereitet hätte, entbehrt jeglicher Begründung. Ebenfalls erdichtet ist die Nachricht, die Leontiew hätte zu diesem Zwecke Schritte getan, um als Hofräuflin ernannt zu werden. Die Leontiew hat fast ihr ganzes Leben im Ausland verbracht, wo sie unter andern an der Kaiserin-Universität Medizin studiert hatte, und konnte nicht auf eine derartige Auszeichnung rechnen, gehörte auch ihrer Herkunft nach nicht der höheren Petersburger Gesellschaft an. Es besteht durchaus kein Zusammenhang zwischen dem tragischen Falle des Selbstmordversuchs zweier Damen der Aristokratie und dem Komplott der Anarchisten, die in Petersburg Anfang März festgenommen wurden. Daher ist auch die Mitteilung, dieses Ereignis hätte in höchstem Maße Betrübnis hervorgerufen, ganz unbegründet. Der Offizier des Probrachenski-Garde-Regiments Leontiew, der sich das Leben genommen hat, ist tatsächlich ein Verwandter der Verhafteten, ihr Vetter. Aber gerade die Tatsache des Selbstmordes eines Offiziers, der die Schmach, einer Familie anzugehören, deren Mitglied zur revolutionären Partei gehört, nicht ertragen konnte, beweist, wie stark die Loyalität gegenüber dem Thron unter den russischen Offizieren ist. Die Bemerkungen, diesen tragischen Vorfall und das persönliche Drama zu einem politischen Ereignis aufzubauschen, beweisen nur, wie geschickt die Agitation in der russischen intelligenten Gesellschaft geführt wird.

Und dieses Dementi beweist nur: an den Gerüchten ist so Vieles wahr, daß nicht einmal russische Lügenbeuterei es aus der Welt schwindeln kann. —

Letzte Nachrichten.

St. Petersburg, 27. April. Der Zar wird diesmal das Osterfest nicht in dem Winterpalais feiern, sondern in Zarstoje Selo. Der sonst bei diesem Anlaß stattfindende Empfang wird wegfallen. (Er weiß warum! Red.) —

Hirsch-Dunderscher Verrat.

Das Verräterstückchen der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner in Weissenfels, von dem wir schon kurz Notiz nahmen, erfährt in der „Leipziger Volkszeitung“ folgende Würdigung:

Schon zu Beginn der Schuhmacherbewegung in Weissenfels war in den Arbeiterreihen Mißtrauen gegen die Waffenbrüderschaft des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, und zwar auf Grund der bösen Erfahrungen, die man im allgemeinen bei wirtschaftlichen Kämpfen mit ihrer Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit gemacht hatte. Dieses Mißtrauen hat sich auch diesmal wieder als vollst. berechtigt erwiesen, und es ist nötig, ihr verräterisches Verhalten auch in diesem Falle aufs neue festzumachen, der sich denkwürdig all den andern ebenfalls nicht gerade sauberen Fällen anreihen wird. Gemeinshaftlich mit dem Verband deutscher Schuhmacher wurden in Kommissionsitzungen die Vorarbeiten zur Forderung der Tarifeinführung gemacht. Vom Verbandsrat kamen über 1500, vom Gewerksverein über 500 Mitglieder in Betracht. Auch der Hauptschriftführer vom Gewerksverein, Herr Winter-Berlin, sowie der Verbandsvorsitzende, Herr Simon-Münchberg, waren einig in dieser Frage, die in den Versammlungen beider ohne Meinungsverschiedenheiten energig vertreten wurde. Mit gleicher Energie wurde auch in den ersten Wochen dafür gekämpft und kein Mißton hörte das Vorgehen der beiden Organisationen. Doch schon in der vierten Woche wurde durch die Fabrikanten öffentlich in der Lokalpresse bekannt gegeben, daß die Gewerksvereinsleitung brieflich gebeten habe, die durch die Verbändler freigewordenen Plätze durch Gewerksvereiner besetzen zu lassen. Dies machte zuerst Mißgunst, doch in der Voraussetzung, dies sei eine Zinte von Seiten der Fabrikanten, nur dazu erfinden, einen Keil zwischen die Organisationen zu treiben, blieb diese Notiz vorläufig von Verbandsseite unbeachtet und auf Anfrage stellte die Gewerksvereinsleitung dies noch als eine ganz harmlose Sache hin. Mittlerweile gingen dem Gewerksverein aber auch die Streikgelber aus und jedenfalls, um diese Blöße zu verdecken, kam noch vom Hauptvorstand in Berlin, dem Herrn Winter, das Signal. Es wurde — in ganz heimtückischer Weise, ohne vorher der Tarifkommission etwas zu sagen — zum Rückzug geblasen. Im Organ des Gewerksvereins, „Der Lederarbeiter“, wurde in Nr. 6 über die Schuhmacherbewegung in Weissenfels folgendes geschrieben: In der Hauptvorstandsitzung des Gewerksvereins zu Berlin berichtete der Hauptschriftführer Winter über die Lage der Weissenfelder Tarifbewegung, daß der Fabrikantenverein hartnäckig jede Verhandlung mit der Tarifkommission ablehne und auch die wohlgemeinte Vermittlung hochstehender Persönlichkeiten zurückgewiesen habe. Falls nicht ein Wendepunkt eintrete, müßte wohl auf die Forderung der schließlichen Arbeitsvertrags vorläufig verzichtet und als Abschlagszahlung eine Lohnaufbesserung unter anderer Garantie vorgenommen werden. Gelegentlich und gerechte Zustände durch Tarifverträge herbeizuführen, dazu sei der Fabrikantenverein noch nicht reif.

Daß dieses Schreiben geeignet war, den Widerstand der Fabrikanten zu verschärfen und Wankelnut in die Arbeiterreihen zu bringen, liegt auf der Hand. Die Tarifkommission hatte beschlossen, eine Aenderung der Taktik nicht vorzunehmen; trotzdem erklärte die Gewerksvereinsleitung am Orte, mit dem Verband deutscher Schuhmacher weiterzukämpfen zu wollen, und es hatte den Anschein, als wären die Herren mit der Schreibweise ihres Hauptvorstandes nicht einverstanden. Doch mußten sie wohl, und sie

gaben dies auch zu, daß es sich bei diesem Coup an der Zentralfstelle um die fehlenden Mittel zum Weiterstreiken handelte. Von dieser Zeit an nahmen auch die Streikbrecher aus den Reihen der Gewerksvereiner in auffallender Weise zu. In der Fabrik von Kühn, wo der Gewerksverein stark vertreten ist, wurde fünf Streikbrechern gekündigt, weil sich die alten Arbeiter, die Gewerksvereinsmitglieder, zur Arbeit gemeldet hatten. Selbst Hauptvorstandsmitglieder des Gewerksvereins, der Herr Nehl, der schon 1897 als Streikbrecher fungiert und Sammellisten gefälscht hat, machten den Fabrikanten Mitteilung von dem finanziellen Bankrott, der ein sehr baldiges Ende des Streiks zur Folge haben müsse. Von Tag zu Tag hat der Verrat im Hirsch-Dunderschen Lager immer klarer zutage. Ganz sicher wäre der Streik gewonnen worden, wären die Gewerksvereiner und in erster Linie ihre Hauptverwaltung nicht als Verräter, sondern als aufrichtige Vertreter für die Arbeiterinteressen aufgetreten. „Der Lederarbeiter“ als Organ des Gewerksvereins brachte z. B. in Nr. 7 von Berlin aus so entstellte Versammlungsberichte, als selbst unselbstverständlichen Mänter zum Schaden der Arbeiter sie nicht besser fertig zu bringen vermöchten. In jenem Blatt wird das Verhalten der Streikenden offenem Mißbrauch gleichgesetzt, und an einer Stelle heißt es dann: „Denn nach diesen Ereignissen ist eine gütliche Vermittlung ausgeschlossen.“ Diese Schreibweise war nur darauf berechnet, ein gewalttames Ende des Streiks herbeizuführen, um noch rechtzeitig die finanzielle Blöße zu verdecken. Daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nicht kräftig und lebensfähig genug sind, wirtschaftliche Kämpfe von längerer Dauer mit dem organisierten Unternehmertum führen zu können, bedarf wohl keiner Erörterung. Als Arbeitervertreter zu wirken, fehlt ihnen auch die nötige Ehrlichkeit; das bürgerliche Anhängel haben sie noch nicht abzutreiben vermocht, im Gegenteil, sie heben es mit Stolz hervor, daß ihnen das harmonische Hand in Hand arbeiten mit Behörden und Bürgertum das anzustrebende Ziel ist, und diesen Grundsatz werden sie auch fernerhin vertreten. Ernsthafte Kämpfe, wie sie den Arbeitern aufgezwungen sind, durchzuführen, dazu fehlt ihnen die Energie, die Mittel und der Wille. Noch am 14. April wurde in öffentlicher Schuhmacherverammlung durch den hiesigen Vorsitzenden des Gewerksvereins, dem Herrn König, erklärt, daß das Gericht, der Gewerksverein habe kein Geld mehr, unwahr sei und die Waffenbrüderschaft mit dem Zentralverband würde bis zum letzten Augenblicke aufrechterhalten, der Kassierer sei dagewesen und habe sich von der Situation überzeugt. Javohl, dagewesen war der Herr Nehl, er hatte aber den Fabrikanten Mitteilung gemacht, daß er kein Geld mehr gesandt und dem Streik dadurch ein Ende gemacht würde. Am 20. April, zwei Tage vor dem Osterfest, als die Mitglieder kamen, um ihre Streikunterstützung abzugeben, wurde ihnen bedeutet, daß Streikunterstützung nicht mehr ausgezahlt werden könne, der Hauptvorstand hätte seine Mitglieder im Stich gelassen. Jedes menschlichen Gefühls bar, erhielten 20—25jährige Mitglieder des Gewerksvereins, die fünf und sechs Kinder hatten, zum Osterfest solchen Bescheid von ihrer Organisation. Dies geschah lediglich nur zu dem Zweck, daß die Arbeiter wieder ins Loch der Fabrikanten sich spannen und bedingungslos die Arbeit anzunehmen genötigt sein sollten. So mußte denn am Sonntagabend in öffentlicher Versammlung der Streik für beendet erklärt werden, und es wurde dort folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 22. April, im Bad abgehaltene Versammlung der streikenden Schuhfabrikarbeiter verurteilt das Verhalten

des Hauptvorstandes des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins in Berlin während der Dauer des Streiks auf das entsetzteste und brandmarkt das Vorgehen desselben in der letzten Woche, indem sich der Hauptvorstand weigerte, noch weitere Unterstützung zu zahlen, als Verrat an der Arbeiterfrage, da hierdurch die Streikenden um den Erfolg des Streiks betrogen wurden. Die Versammlung erkennt an, daß die Leitung des Zentralverbandes Deutscher Schuhmacher alles getan hat, um den Erfolg des Streiks zu sichern, und daß die Schuld an dem resultatlosen Verlauf desselben einzig und allein den Hauptvorstand des Gewerksvereins trifft. Der Gewerksverein hat durch sein Verhalten bewiesen, daß er zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe unfähig ist. Die Streikenden verabschieden, mit aller Energie für eine Stärkung des Zentralverbandes der Schuhmacher einzutreten. Die Versammlung warnt die Arbeiter, insbesondere aber die Schuhmacher Deutschlands, irgendwelche Bündnisse mit den Gewerksvereinsvereinen einzugehen, damit sie vor ähnlichen Erfahrungen wie in Weissenfels verschont bleiben.“

Angesichts eines solchen Verrats kann und darf es eine Waffenbrüderschaft nie wieder geben, und ehrlichen aufgesetzten Arbeitern bleibt keine Wahl mehr übrig, welcher Organisation sie beitreten müssen. Ueberall muß es die Aufgabe aller Kollegen sein, den falschen Freunden dieses Käufers, die sich noch als Arbeitervertreter aufspielen wollen, die Maske herunterzureißen. „Die Wacht frei“, muß unsere Losung sein. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tapezierer in Heidelberg befinden sich in einer Lohnbewegung. Die dortige Tapezierer-Zunft hat nun beschlossen, vor dem 1. Oktober keinen der streikenden Tapezierer wieder einzustellen. — Der seit fünf Wochen währende Streik der Tapezierer in Leipzig ist resultatlos verlaufen. Die Gehilfen haben bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen. —

Zur Aussperrung der Hamburger Holzarbeiter. Bis Mittwoch mittag waren im Städtetempel Hamburg-Altona-Wandsbeck 640 Holzarbeiter usw. ausgesperrt. Insgesamt arbeiten im Ausperrungsgebiet etwas über 6000 Holzarbeiter, die beinahe samt und sonders im Holzarbeiterverband organisiert sind. Auch die Mehrzahl der Nichtorganisierten ist in den in Frage kommenden Fabriken und Werkstätten von der Aussperrung betroffen worden oder hat sich mit den Ausgesperrten solidarisch erklärt. In den Akkordwerkstätten erfolgt die Aussperrung erst nach Fertigstellung der Arbeit. —

Der Kampf in der rheinischen Brauindustrie dauert fort. Wie aus Köln gemeldet wird, sind die am Mittwoch gepflogenen Verhandlungen über die Beilegung des Bonhoffs abermals vergeblich verlaufen. Die Unternehmer wollten nicht auf die billige Forderung eingehen, daß sämtliche Ausgesperrte und Streikende wieder eingestellt werden. — Wie die Telegraphenburden melden, wird die Folge der Verhandlungen immerhin die sein, daß die für den 28. April angekündigte Aussperrung von 50 Prozent der in rheinisch-westfälischen Brauereien arbeitenden organisierten Brauer vorläufig vertagt wird. Die Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben sich bereit er-

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Das schlafende Meer.

Roman von Clara Viebig.

(69. Fortsetzung.)

„Gannz,“ — Helene sah ihren Mann innig an — „Du weißt sehr gut, daß ich nur Dich auf der Welt habe. Selbst meine Eltern sind mir fernher getreten. Nicht, daß ich sie weniger liebte, o nein, aber hier bei Dir, nur hier wurzte ich jetzt ganz. Und Du läßt mich jetzt so oft allein! Ich meine nicht,“ jagte sie rasch, als er sie unterbrechen wollte, „daß Du nicht aufs Feld gehst, aufs Bornwerk, Dich nicht um Deine ganze Wirtschaft kümmern sollst! O nein!“ Tränen stiegen ihr in die Augen, aber sie unterdrückte sie tapfer. „Deine Seele ist nicht bei mir! Du hast viel im Kopf, ja, aber ich würde mich gern darein finden, wenn ich nur sehen könnte, daß es Dich froh macht. Du hast mir's zwar nicht gesagt, aber ich weiß es doch: Du möchtest Dich gern aufstellen lassen zur nächsten Wahl — wie soll es dann erst werden?“ Sie rang leicht die Hände ineinander und klickte starr geradeaus: „Ich fürchte, wir werden bald gar nichts mehr von Dir haben, die Kinder und ich!“

„Setz Dich,“ hat er und drückte sie in den nächsten Sessel. Auf der Lehne Platz nehmend, legte er vertraulich den Arm um ihre Schultern.

„Sieh mal, wenn Du meinst, Ihr hättet dann weniger von mir, dann irrst Du. Im Gegenteil, Ihr hättet mehr! Denn ich würde so viel freudiger sein, so viel zuberständlicher, so ganz anderer Stimmung. Das verstehst Du eben nicht. Ihr Frauen seid zufrieden, wenn ihr für Mann und Kind und Haus gesorgt habt, aber wir Männer — ja, wir haben eben noch etwas andres! Und das quält mich, daß ich nicht wirken kann, wie ich möchte, daß ich hier lebe wie auf einer wüsten Insel!“

„Unser Deutschau eine wüste Insel?“ Sie machte einen lächelnden Versuch zu scherzen.

„Du weißt recht gut, wie ich's meine,“ jagte er, schon wieder leicht gereizt. „Daß ich Deutschau nicht lieb hätte, davon kann wohl keine Rede sein. Aber gerade weil ich's liebe, so sehr, daß mir jede Hufe deutschen Bodens so teuer ist, wie — wie —“ er suchte nach einem Vergleich — „ich finde nichts, was mir teurer wäre! Es ärgert mich, es fränkt mich, es schmerzt mich tief“ — seine Stimme wurde erregt — „wenn ich sehe, wie —“

Er brach plötzlich ab; die Stirn furchend, verank er wieder in Grübeln.

Leise strich sie ihm über die Wangen. „Sprich Dich aus, Gannz, sprich! Es wird Dir gut tun. Du sagst, ich verstehe es nicht, Frauen könnten so etwas nicht verstehen, nun, ich werde es lernen, zu verstehen. Und wenn ich es nicht ganz lernen kann, so wird mir Gott doch ins Herz geben, was ich zu tun habe. Zimmer!“

„Mein Gott, Helene, quäle mich nicht! Dies sind eben undefinierbare Dinge; man fühlt sie — sie liegen in der Luft — aber erzählen kann man sie nicht. Ich habe nichts zu erzählen!“

Er wurde rot — da ertappte er sich auf einer Lüge, hatte er denn wirklich nichts zu erzählen? Aber warum ihr von dem Drohbrieff sagen? Sie würde sich beunruhigen, ihre Augen würden ihn ängstlich begleiten, ihre Sorge ihm folgen, überallhin. War es nicht genug, daß er sich erregt hatte? Wer wohl den Brieff geschrieben haben mochte? Da war niemand, dem er eine solche Gemeinheit zutrauen konnte. Auch war er sich nicht bewußt, jemand beleidigt zu haben.

Es klopfte. Der Diener überreichte die Post, die der Milchwagen aus Miascherzko mitgebracht hatte: Zeitungen, allerlei landwirtschaftliche Offerten und zwei Briefe. Einer mit gerichtlichem Stempel, der andre in einem dünnen Kuvert von bläulich-weißem, geringem Papier, wie es die Landleute für wenige Pfennige beim Dorfkrämer kaufen.

Ah, dieser zweite war jedenfalls ein Bettelbrieff! Erst den andern! Dolechal riß das Siegel ab und warf dann das gerichtliche Schreiben hastig auf den Tisch: das fehlte noch, mußte das auch heute gerade noch kommen!

Eine gerichtliche Vorladung war's in Sachen der Anna Sierakowska, Witwe des Dorfmusikanten Wlads Sierakowski, wohnhaft zu Pocielcha-Dorf. Sie klagte auf eine lebenslängliche Rente, da sie durch die ihr am 20. November verstorbenen Jahres zugefügte Körperverletzung zu andauernder Betäubung, des Gehirns außerstande gesetzt sei, laut Gutachten des Doktor Zhemunt Wolski zu arbeiten.

War's möglich?! Jetzt kam die Clotka mit einer Klage?! Dolechal faßte sich an die Stirn. Da begegnete sein Blick dem Blick Helenens, und er lächelte. „Warum siehst Du mich so besorgt an, mein Herz?“

Sie antwortete nicht.

Er griff nach dem zweiten Brieff, aber er öffnete ihn jetzt nicht. „Der hat Zeit,“ sagte er nachlässig und steckte ihn ein. Aber kaum hatte seine Frau für Augenblicke das Zimmer verlassen, so riß er ihn in nervöser Hast aus der Zoppentafel — da — da — natürlich wieder etwas! Wieder las er, mit heißen Augen, die Zähne aufeinander gefest, was er heute morgen schon einmal gelesen hatte am Ende der Katarynka. Fast denselben Inhalt hatte dieser Brieff wie das Plakat: Schimpfworte, wahnwitzige Beschuldigungen einer getretenen, geknechteten Kreatur.

„Dolechal“

„Dolechal“

„Dolechal“

Klart, die organisierten Brauer in ihrem Kampf um die Erhaltung ihres Koalitionsrechts zu unterstützen und sich dem Boykott der Ringbrauereien anzuschließen. Schmähdlich haben sich bei dieser Gelegenheit die „Christlichen“ verhalten. Nachdem sie erst anerkannt hatten, daß bei einer solchen Gelegenheit, wo es sich um die Erhaltung des Koalitionsrechts handelt, alle Richtungen der Arbeiterorganisationen zusammenstehen müssen, haben sie später der Boykottkommission mitgeteilt, daß sie ihr Versprechen nicht einhalten wollen. Als wichtigsten Grund geben sie das Verhalten einiger der modernen Organisationen angehöriger Arbeiter an, die christliche Arbeiter terrorisiert haben sollen. Der wahre Grund dürfte indes sein, daß fast alle Lokale, in denen die Christlichen verkehren, boykottiertes Bier führen. —

Siebente Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Glasarbeiter.

Vena, den 25. April 1906.

(Dritter Verhandlungstag.)

Nach Eröffnung der Sitzung legt die Redaktionskommission nachstehende gemeinsame Resolution zu dem Referat über Sonntagarbeit vor:

1. Es wird der Hauptvorstand beauftragt, eine Statistik aufzustellen, an welchen Orten, in wieviel Betrieben dieser Orte und wieviel Arbeiter an Sonntagen beschäftigt werden, sowie über die Dauer und in welcher Tageszeit die Beschäftigung ausgeübt wird.
2. Es sind Ermittlungen anzustellen über die Orte bzw. Betriebe, in welchen die Sonntagsruhe, sowie in welchem Umfang dieselbe bereits durchgeführt ist und wieviele Arbeiter diese Sonntagsruhe genießen.
3. Der Hauptvorstand wird beauftragt, an alle Unternehmer heranzutreten mit dem Ersuchen, bis zu einer bestimmten Frist die Sonntagsruhe gemäß der Reichsstatut und der Reichsregierung zur Verwirklichung vorliegenden Petition des Glasarbeiterverbandes einzuführen.
4. Im übrigen wird der Vorstand beauftragt, eventuell die erforderlichen Schritte zur Durchführung der Sonntagsruhe einzuleiten.
5. Der Vorstand wird beauftragt, jedes Jahr an all den Orten, wo die Sonntagarbeit noch besteht, Flugblätter zu verbreiten, in welchen die schädigenden Folgen der Sonntagarbeit, namentlich für die jugendlichen Arbeiter, nach allen Seiten hin geschilbert werden.

Rufmann, Beschel, Horn.

Die Resolution gelangt einstimmig zur Annahme. Nunmehr referiert Giesig-Beilin über: „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen“.

Zu der Angelegenheit liegen drei Anträge vor.

Zur Annahme gelangt schließlich nach mehrstündiger Diskussion mit 36 gegen 23 Stimmen folgender Antrag Lubig:

„Der Vorstand ist befugt, in jedem Stadium eines Streiks oder einer Aussperrung den Versuch einer Einigung zur Beilegung des Ausstandes zu unternehmen. Gewinnt der Vorstand während der Dauer eines Streiks oder Aussperrung die Überzeugung, daß ein Weiterführen der Bewegung aussichtslos oder für die Organisation schädlich ist, so kann der Vorstand nach Zustimmung der Vertrauensleute der in der Bewegung beteiligten Betriebe und der Lokalverbände den Ausstand für beendet erklären. Die Ausständigen haben sich dem Beschlusse zu fügen und die Arbeit aufzunehmen. Es steht ihnen indes, falls sie in die verlassenen Betriebe nicht zurück wollen, frei, sich um andere Arbeit zu bemühen, oder schon bei Beginn der Arbeitseinstellung anderweitig Arbeit zu übernehmen.“

Hierauf Schluß der Sitzung. —

Aus der Parteibewegung.

Zum Entwurf des neuen Organisationsstatuts.

Von einem Parteigenossen wird uns geschrieben: Nachdem an dem Entwurf schon einige Kritik geübt ist, gestalte ich mir, soweit ich sie verfolgen konnte, noch nicht zur Erörterung gelangt sind, die aber im E. der Abänderung bedürfen. Im § 13 ist zwar gesagt, daß die Vertrauenspersonen der Wahlkreise alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten haben. Hier fehlt aber die Festlegung eines einheitlichen, für die ganze Partei gültigen Geschäftsjahres. Es ist nicht einmal gesagt, bis zu welchem Endtermin die Berichte sich erstrecken müssen. Ein einheitliches Geschäftsjahr halte ich der Ordnung und Übersicht halber für unerlässlich, es würde auch nicht im geringsten die Beweglichkeit der Kreis- und Bezirksorganisationen fördern, weshalb nicht bestritten werden soll, daß dort, wo das bisher geltende Geschäftsjahr geändert werden mußte, eine kleine, aber schnell vorübergehende Unbequemlichkeit eintreten würde. Jedenfalls kann das Fehlen der Einheitlichkeit des Geschäftsjahres zu ganz sonderbaren Zuständen führen. Die Reichstagswahl z. B. wird in der Berichterstattung sowie in der Kostenbewegung eine erhebliche Rolle spielen. Soll man die Möglichkeit schaffen, daß darüber die eine Hälfte der Organisationen in dem einen, die andere Hälfte erst im folgenden Jahre berichtet, je nachdem wie sie beliebt haben, das Geschäftsjahr sich festzusetzen? Für die einen fällt die Wahl, neben mir an, am 10. Juni, in das eine Geschäftsjahr, für die andere erst in das folgende. Es wäre wünschenswert, daß der bessere Zustand, wie er bisher bestanden hat, bei der Reorganisation nicht in anderer Form wieder auflebe, daß nämlich die Berichterstattung immer erforderlich wurde vom letzten Parteitag bis zum 1. August, so daß die Zeit zwischen 1. August und Parteitag für die Berichterstattung nicht existierte.

Weiter wende ich mich gegen die am dem Münzer Statut beibehaltene Bestimmung im § 22 Absatz 3, wonach die zum Parteivorstand gehörigen beiden Beisitzer durch die Kontrollkommission gewählt werden. Darin liegt eine Durchbrechung unseres Prinzips der direkten Wahl, die sogar ein eigenständiges Recht auf die Stellung der Beisitzer zu werfen geeignet ist. Man könnte fast zu der Meinung gelangen, daß die Beisitzer nur Parteimitglieder zweiter Klasse sind, weil sie nicht die Ehre genießen, von der Gesamtheit der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten, sondern nur von den am Kontrollatent gewählten Beisitzern des Prinzip durchwählt zu werden. Warum dem Kontrollatent ein so weitreichendes Befugnis einräumen? Warum dem souveränen Parteitag das Recht der Bestandswahl nur zu drei Vierteln gewähren? Der einzige Grund, der auf dem Münzer Parteitag für diese auffällige Abweichung von dem geltenden Regel geltend gemacht worden ist, war der, daß bei zwei Beisitzern nicht befehligt werden und daher in Berlin oder dem Bereiche wo man wählen mußte. Dieser Grund ist kein Grund. Denn ebenso wie die Kontrollkommission die Beisitzer aus dem Parteitag wählen kann, so kann sie auch aus dem Parteitag einen Beisitzer wählen, der die Kontrolle über die Beisitzer mit sich bringt.

Ob diese Lösung günstig ist, weiß ich dahingestellt sein lassen. In Berlin ist es mir in meine Beschlüsse immer nur für ein einziges Geschäftsjahr. Im nächsten Jahre sind wir vorhanden, wir haben eine andere Bestimmung treffen und die jetzt wieder ändern, wenn sie sich nicht ändern. In Berücksichtigung dieses Umstandes hätte ich die, den Beisitzer der Kommission anzunehmen. Bestimmungen haben wir noch nicht geschaffen können; es handelt sich um ein Experiment.

Diese Begründung ist wohl die Ursache der en bloc-Akklamation der damaligen Statutenänderung gewesen. Zweifellos haben eine große Anzahl von Delegierten nur zugestimmt, weil sie besonders den Wahlkreis betreffend der Beisitzer für ein Provinzialforum hielten. Bei der bevorstehenden Umgestaltung des Organisationsstatuts dürfte es angebracht sein, den Wahlkreiszustand zu befestigen und die Beisitzer in direkter Wahl durch den Parteitag wählen zu lassen. B.

Sozialdemokratische Redakteure im Gefängnis.

In Königsberg stellte der Freisinn im Verein mit der Freisinnigen Vereinigung und den Nationalliberalen gegen eine Anzahl Genossen Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, weil diese in eine von den „Vereinigten Liberalen“ einberufene Versammlung gegangen waren, in der Hoffnung, sich dort an der Diskussion beteiligen zu können. Sie wurden aber vor Beginn der Versammlung hinausgewiesen und acht Genossen brachte darauf der Liberalismus ins Gefängnis. Darunter befand sich auch der Redakteur des Königsberger Parteiblattes, Genosse Marchionini, der als Verächter in die Versammlung gegangen war. Die Ausübung seiner journalistischen Pflicht wurde als gemeinschaftlicher Hausfriedensbruch angesehen und mit 14 Tagen Gefängnis geahndet, obwohl er nicht vorbehaftet war. Mit noch drei andern Genossen hat er diese Strafe kürzlich verbüßt.

Vor Eintritt der Gefängnisstrafe hatte er Selbstbestätigung und das Lesen der „Hartungischen Zeitung“ beantragt. Da er noch vor den Osterferien aus dem Gefängnis kommen wollte, wartete er den Verzicht wegen der Selbstbestätigung nicht ab. Dieser wurde ihm, als er schon einige Tage fast verbüßt hatte, mitgeteilt. Er lautete auf Ablehnung der Selbstbestätigung mit Rücksicht auf die Kürze (11) der Gefängnisstrafe. Vorher hatte man aber den Genossen schon, wie uns aus Königsberg geschrieben wird, mit Bergzuppen beschäftigt. Von einer Beschwerde nahm Genosse Marchionini Abstand, da er nicht Lust hatte, in einsamer Zelle 14 Tage hindurch diese geisttötende Arbeit zu verrichten. Er beantragte deshalb mit den andern drei Genossen, die man zusammen in einer Zelle untergebracht hatte, Zusammenarbeiten zu dürfen. Das wurde ihm gewährt, dafür aber mußte er auf das Lesen der Zeitung verzichten. Auf seinen Gesundheitszustand hat man keinerlei Rücksicht genommen. Als er zum Arzt geführt wurde, klagte er, daß er vom Essen des großen Brotes heftige Leibesmerzen bekommen hat. Der Genosse leidet am Unterleib und hat im vergangenen Jahre zu wiederholten Malen in ärztlicher Behandlung gestanden. Hier hatte ihm der Arzt sogar das Essen des großen Brotes verboten. Er hat deshalb den Gefängnisarzt, ihm wenigstens seines Brotes zu verordnen. Der Herr, ein Professor namens Puppe, lachte laut auf. Nachdem sich kein Lachen gelegt hatte, erklärte er, daß er den Genossen unteruchen werde. Ein Blick auf die Junge, ein zweimaliger Händehub auf den Leib genügte dem Professor, um zu erklären, daß er dem Genossen kein andres Brot verordnen könne. Also selbst diese kleine Bitte wurde ihm abgelehnt und dafür mußte er 14 Tage lang heftige Leibesmerzen erdulden, die sich jetzt auch in der Freiheit nicht legen wollen.

Das sind die Freuden eines sozialdemokratischen Redakteurs in einem preussischen Gefängnis. Der Vorsteher dieses Gefängnisses ist der Erste Staatsanwalt Schübe, der durch den Russenprozeß eine Weltberühmtheit erlangt hat. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. April 1906.

— Von der Magdeburger Gewerbeaufsicht.

Durch das „Berliner Tageblatt“ wird ein Erlaß des Handelsministers an einen Regierungspräsidenten bekannt, in dem es heißt:

Die Ausführungen in dem Bericht sind geeignet, Mißverständnisse über die Aufgaben und die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten herbeizuführen. Denn es wäre einerseits nicht zu billigen, wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten die Namen von Arbeitern, die sich mit Beschwerden über Mängel der gewerblichen Betriebsstätten an sie gewandt haben, ohne deren ausdrückliche Zustimmung zur Kenntnis der Arbeitgeber brächten. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben andererseits die Beschwerden der Arbeiter über die in § 180b der Gewerbeordnung bezeichneten Angelegenheiten, die zu ihrer Kenntnis kommen, auch wenn dies auf schriftlichem Wege, durch die Tagespresse oder durch die Verhandlungen öffentlicher Versammlungen geschieht, ausnahmslos zu untersuchen und, soweit sich dabei Mißstände herausstellen, für deren Abstellung Sorge zu tragen. Ich nehme zwar an, daß nach diesen bestimmten Grundzügen auch im bisherigen Regierungsbezirk schon seit längerer Zeit verfahren worden ist. Mit Rücksicht auf die mißverständliche Fassung des erwähnten Berichtes sehe ich mich jedoch veranlaßt, sie ausdrücklich in Erinnerung zu bringen.

Welcher Gewerbeinspektor Herr Müller Veranlassung zu diesem Mißgab, ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls ist er aber dem Gewerbeamt Neumann zur ganz besonderen Beachtung zu empfehlen. Dieser Herr nimmt nämlich noch nicht einmal Beschwerden von Vertrauenspersonen der Arbeiter entgegen, die zur Entgegennahme von Beschwerden bestellt werden. Bei Revisionen befragt er die Arbeiter in Gegenwart der Unternehmer nach ihren Beschwerden, und als ihn die Kolgarbeiter einmal zu einer Versammlung einladen, in der die zahlreichen, in diesem Beruf vorhandenen Mißstände erörtert werden sollten, jandte er ihnen folgendes Schreiben:

Herrn Gewerbeinspektor Magdeburg, 22. April 1904.

Ich bejähige ergebend den Empfang Ihrer Einladung vom 19. d. M. und sage dafür meinen besten Dank. Von einer Erörterung der Verhältnisse einzelner gewerblicher Betriebe in einer öffentlichen Versammlung vermag ich mir indessen für eine wirksame Förderung des Arbeiterschutzes einen besonderen Erfolg nicht zu versprechen. Ich würde es vielmehr für rätlicher halten, wenn diejenigen Punkte, bezüglich deren die Arbeiter Anstellungen machen zu müssen glauben, mir in bestimmter Weise mitgeteilt würden. In diesem Falle bin ich Ihnen gerne bereit, in eine Prüfung etwaiger Mängel einzutreten. Außerdem sehe ich, wie ich bei besonderen Anlässen wiederholt mitgeteilt habe, auf meinem Dienstzimmer jederzeit zu Rat und Auskunft zu Verfügung.

Der Hl. Gewerbeinspektor Neumann.

Bei einer solchen Auffassung eines Gewerbeaufsichtsbeamten von den Aufgaben seines Amtes wird man sich über folgendes Wortkommis nicht wundern, das der Gewerkschafts-

sekretär in seinem Bericht mitteilt: Auf eine Beschwerde des Sekretariats über die Mißstände im Betriebe von Garrett Smith u. Co. fand eine Revision statt. Hierbei ließ der inspezierende Beamte ein Mitglied des Arbeiterausschusses ins Kontor rufen und stellte an dieses die Frage, warum die Arbeiter sich immer erst an den Verband bzw. an das Gewerkschaftssekretariat wendeten. Sie sollten doch die Beschwerden nicht immer an die Organisation, sondern direkt an die Gewerbeaufsicht richten usw.

Wegen Verkürzung der Arbeitszeit und einiger Lohn-erhöhungen mußte das Sekretariat bei dem Inhaber einer Zuckerrübenfabrik vorstellig werden. Im Laufe der Unterhandlung kamen Beschwerden der Arbeiter über hohe Strafen zur Sprache und nun entgegnete der Fabrikant: „Die Strafen, die da moniert werden, sind auf Anraten des Gewerbeinspektors so fixiert; ich habe gerade hierüber mit dem Herrn gesprochen.“ So teilt ebenfalls der Sekretär in seinem Jahresbericht mit. Vorläufig glauben wir das dem Zuckerrübenfabrikanten noch nicht, aber irgendwelches Vertrauen setzen die Arbeiter des Inspektorsbezirks Magdeburg in die Tätigkeit des Gewerbeinspektors nicht. Von zirka 100 000 Arbeitern, die ihm unterstellt sind, beanspruchten davon auch im Jahre 1903 im ganzen 56 die Gewerbeinspektion. Auf der letzten Kartellkonferenz für Sachsen und Anhalt, der natürlich die Gewerbeinspektion trotz ergangener Einladung fern blieb, wurden die Arbeiter sogar gewarnt, sich der Magdeburger Gewerbeinspektion zu bedienen. Die Vorgänge bei der Inspektion im Betriebe von Garrett Smith u. Co. lassen das auch sehr begreiflich erscheinen.

Daß solche Maßnahmen auch einem andern preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber sich als notwendig erweisen hätten, ist uns nicht bekannt geworden. —

— Bedeutende Erweiterungsbauten

wie bereits von uns mitgeteilt wurde, in der Sudenburger Krankenanstalt vorzunehmen. Die Vorlage, die den Stadtverordneten zugewandt ist, führt zur Begründung folgendes aus: Mit der Zunahme der Bevölkerung in unserer Stadt hat auch die Benutzung der beiden städtischen Krankenanstalten zugenommen. Die Zahl der Verpflegungstage, welche im Jahre 1892, dem Jahre nach der Eröffnung der Anstalt Sudenburg, für beide Anstalten 246 640 betrug, belief sich im Jahre 1904 auf 301 436; im Jahre 1903 war sie schon auf 314 538 gestiegen. Die Zunahme hat ausschließlich in der Anstalt Sudenburg stattgefunden. Die Anstalt Altstadt ist seit 10 Jahren ziemlich auf demselben Stande geblieben; eine erhebliche Vermehrung der Krankenbetten würde dort auch wegen der geringen Ausdehnung des Geländes nicht möglich sein. Die Anstalt Sudenburg hingegen nimmt fast alljährlich zu und ist im lehrverfloßenen Verwaltungsjahre in der Benutzung schon über die Krankenanstalt Altstadt hinausgegangen.

Die Zahl der Krankenbetten beträgt in der Altstadt 681, in der Sudenburg 550, zusammen also 1231. Ein Operationsgebäude hat die Sudenburger Anstalt noch nicht. In ähnlicher Weise wie die Verpflegungstage für die Kranken haben sich auch diejenigen für das Pflege- und Dienstpersonal vermehrt. Endlich ist noch hervorzuheben, daß auch die Bureauräume zu vergrößern sind, daß die Durchfahrt in dem Verwaltungsgebäude ungenügend eingerichtet ist, und daß der Pförtner sein Amt nur mit den größten Schwierigkeiten versehen kann, weil er erst eine Treppe passieren muß, um zu der Tür zu gelangen.

Der Magistrat schlägt deshalb der Stadtverordnetenversammlung die Erbauung 1. eines Operationshauses mit Krankenpavillon, 2. eines Schwesternhauses und 3. zweier Andauten an das Verwaltungsgebäude für die Krankenanstalt Sudenburg vor.

Die Projekte für diese Bauten sind im einzelnen noch nicht ausgearbeitet und Kostenschätzungen noch nicht aufgestellt; diese umfangreichen und kostspieligen Arbeiten sollen erst vorgenommen werden, nachdem sich der Magistrat mit der Stadtverordnetenversammlung über die Hauptfragen verständigt hat. Nach dem vorläufigen Kostenüberschlag werden aufzuwenden sein für das Operationshaus mit dem Pavillon 303 000 M., für das Schwesternhaus 243 000 M., für die Andauten an das Verwaltungsgebäude 80 000 M., mithin zusammen 626 000 M., wovon 10 000 M. durch den Etat von 1904 und 50 000 M. durch den laufenden Etat schon bewilligt sind. In die Gesamtsumme sind die Kosten der Ergänzung der Einrichtung nicht einbezogen.

Wenn nach Fertigstellung dieser Bauten später wieder Erweiterungen notwendig sein werden, so werden diese voranschreitend für die Altstadt vorzuschlagen sein. Das dortige Krankenhaus gehört ausschließlich dem Hospital Schwiebau, von dem es auch vollständig unterhalten wird. Es dürfen darin nicht mehr als 42 Kranke aufgenommen werden, da der Kubinhalt der einzelnen Zimmer, welche das Haus enthält, eine stärkere Belegung nicht zuläßt. Das Gebäude der Anstalt umfaßt indessen 97 Ar 77 Quadratmeter und kann durch ein darangrenzendes, von der Stadt zu diesem Zwecke angekauft Grundstück um 57 Ar 66 Quadratmeter vergrößert werden, so daß sich auch dort Erweiterungen vornehmen lassen. Die Entscheidung darüber, ob dieser Plan zu verfolgen, oder an einer andern Stelle in Norden eine dritte große Anstalt zu errichten ist, mag der Zukunft vorbehalten bleiben.

Die Stadtverordnetenversammlung wird ersucht, sich grundsätzlich mit der Ausführung der Bauten, deren Kosten aus der Einleihe zu entnehmen sein werden, einverstanden zu erklären und der Ausarbeitung der Einzelprojekte nebst Kostenschätzungen zuzustimmen. —

Provinz und Umgegend.

Barleben, 27. April. (Maiser.)

Das Programm zur diesjährigen Maifeier ist folgendermaßen aufgestellt: Morgens 9 Uhr Zusammenkunft im Vereinshaus, um 10 Uhr Versammlung, nachmittags Konzert und Kinderbelustigung, abends Ball mit Vorträgen. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen, damit die Feier eine würdige wird. —

Barleben, 27. April. (Einweisung des neuen Vereinshauses.)

Am ersten Diensttag war es den Genossen und Genossinnen von Barleben vergönnt, die Einweihung ihres selbstgeschaffenen und eigenen Vereins- und Versammlungshauses in feierlicher und würdiger Weise begehen zu können. Die Totalliste, die wie anderwärts auch in Barleben seit Jahren nicht mehr von den Tagesordnungen der Versammlungen, die in primitiven Gaststuben abgehalten werden mußten, verschwunden wollte, ist nunmehr erledigt. Die Arbeiter von Barleben brauchen sich jetzt nicht mehr von Gastwirten, die ihren Saal nicht zu Versammlungen hergeben wollten und die mehr Furcht vor der Behörde als vor schlechtem Geschäftsgang hatten, narren zu lassen.

Jahrelang war es den Arbeitern nicht möglich, in Barleben, das eine starke Arbeiterbevölkerung aufweist, eine Volksversammlung oder ein beschickendes Vergnügen abzuhalten. Als ihnen durch Besitzwechsel die letzte bescheidene Unterwelt in der „Goldenen Angel“ verloren ging, als die Frage: „Was nun?“ für die Angehörigen der Organisation immer dringender wurde, da gab es nur eine Antwort, die dahin lautete: wir bauen uns selbst ein Lokal! Der Entschluß war

von weittragender Bedeutung. Galt es doch eine große Anzahl von Schwierigkeiten hinwegzuräumen, von denen die größte die Geldfrage war. Barnende Stimmen erhoben sich, die den Barleber Arbeitern die Undurchführbarkeit des Projektes nachzuweisen versuchten. Nachdem aber der Grund und Boden gesichert und die ersten hundert Mark großenteils gesammelt waren, da ging es immer weiter vorwärts. Mit Umsicht und Energie wurde dem Ziel näher gestrebt. Männer und Frauen haben gleichmäßig und in uneigennützigster Weise dafür gesorgt, daß zwar ein einfaches, aber trotzdem schönes und nettes Lokal geschaffen werden konnte.

Zu Hunderten waren denn die Arbeiter am 1. Osterfeiertag herbeigeströmt, um an der Erweihungsfeier teilzunehmen. Dichtgedrängt saßen sie in dem nett dekorierten, von elektrischem Licht durchfluteten freundlichen Raum, um Theater, Konzert und sonstige Vorträge in bunter Reihenfolge entgegenzunehmen. Die Festrede hielt Genosse Ritsch-Magdeburg, der die verschiedenen Phasen des Kampfes um ein Lokal schilderte und zum Schluß wünschte, daß die Arbeiter Barlebens fest und immer so geschlossen handeln möchten, wie sie es bei Errichtung des Vereinshauses gezeigt haben.

In schwingvoller Weise trug hierauf Genosse Dehmichen folgenden von ihm selbst verfassten Prolog vor:

Freundlich sind wir vereint, es ruhen die schaffenden Hände,
Die voller Fleiß, ohn' Eigennutz, schaffen am Werke der Einheit.
Festlich geschmückt sind dieser Halle Wände.
Es grüßen Euch, grüßen Euch herzlichst die schlächtigen Söhne der Arbeit!

Freunde, Genossen! Uns ja vereint ernstes Streben,
Gilt's doch den Kampf, den Kampf für Freiheit und Recht,
Lösend aus Knechtschaftsbanden und diesem kläglichem Leben,
Danach streben vereint wir stets unentwegt! —

Freunde der Wahrheit! Freie Söhne vom Volke,
Schlicht pocht im Busen Euch das biedere Herz —
Sucht zu durchdringen der Finsternis dichtet Gewolke,
Sucht zu befreien Euch aus Knechtschaft und Schmerz!

Heiliger Kampf, heiligste Schaffen und Streben,
Einigkeit, Treue macht Euch des Sieges gewiß.
Morgenrot zeigt sich, erwacht Euch zu neuem Leben,
Und strahlend zeigt sich Euch Licht nach der Finsternis.

Söhne des Volkes hört: Wenn Ihr nach laugen Jahren
Euch in der Halle zu festlichem Tun vereint,
Denkt daran, daß es die Wäter waren,
Die Ihr vielleicht seit langem als Tote beweint.

Und Eure Wäter schmücken mit fleißigen Händen
Euer festliches Heim, so sinnig und traut.
Frauenhände geben Bierde Tischen und Wänden;
„Wahrlich, Genossen, Ihr habt Euch ein Denkmal erbaut!“ —

Kein Mißton störte das Fest, das bis zum andern Morgen
währte und noch lange in der Erinnerung der Teilnehmer verbleiben wird. Wenn es an diesem Tage traurige Gesichter gab, dann waren es die der Barleber Gastwirte, die mit sauerlicher Miene zusehen mußten, wie in hellen Scharen die Barleber Arbeiter mit ihren festlich geschmückten Frauen und Kindern dem neuen Lokal zuströmten. Diese Lösung der Lokalfrage mag den Saalbesitzern anderer Orte als Warnung dienen. —

Gr.-Osterleben, 26. April. (Feuer.) Heute nachmittag 3 Uhr brannte es in der Griechischen Wohnung in der Steinstraße. Die Gardinen und Betten hatten schon Feuer gefangen, als der Handwerksmann Karl Göde und seine Frau hinzukamen und die Gefahr beseitigten. —

Croppsstedt, 26. April. (Der Marsjünger ohne Waffe.) Eine heftige Schlägerei fand in der Nacht vom 1. zum 2. Ostertage auf der Straße vor einem Tanzlokal statt, in welche ein auf Urlaub befindlicher Unteroffizier verwickelt wurde. Dieser machte von seinem Seitengewehr Gebrauch und brachte dem Seinigen Sch. ziemlich erhebliche Kopfverletzungen bei. Schließlich wurde ihm von seinen Gegnern die Waffe entzogen. —

Halberstadt, 23. April. (Essentielle Impfung.) Vom 1. bis 6. Mai d. J., nachmittags von 3 Uhr ab, findet in der oberstädtlichen Volksschule die öffentliche Impfung der im Jahre 1904 und früher geborenen Kinder, welche noch nicht mit Erfolg geimpft sind, und in den Tagen vom 8. bis 13. Mai d. J., nachmittags von 3 Uhr ab, die Nachschau der Impfung statt. Die an die Eltern der Impflinge besonders ergangenen Aufforderungen sind bei der Vorstellung der Kinder zur Impfung und zur Nachschau dem Impfarzt Herrn Medizinrat Dr. Moritz vorzulegen. —

Halberstadt, 26. April. (Das Justizgebäude) soll nun doch an der Königsstraße errichtet werden, und zwar dem Theater gegenüber. Ein helles Vis-à-vis. —

Halberstadt, 27. April. (Für den Oberbürgermeisterposten) sind von den Bewerbern die Herren Bürgermeister Schlüter, Stadtrat Nieder-Breslau und Herr Gehrhardt-Schöneberg für die engere Wahl vorgeschlagen worden. —

Halle, 27. April. (Genickstarre.) Wie amtlich bestätigt wird, ist in der hiesigen medizinischen Klinik ein zwölfjähriger Knabe aus dem nahen Dorfe Schottkrey an Genickstarre gestorben. — In dem Tode des Konvaleszenten, der an Genickstarre gestorben sein sollte, wird folgendes amtlich bekannt gegeben: Die Leichenöffnung ergab, daß es sich bei ihm nicht um epidemische Genickstarre gehandelt hat, sondern um eine allgemeine Blutvergiftung mit Erkrankung des Gehirns, welche unter dem Bilde einer Gehirnhauteutzündung (Genickstarre) verlaufen ist. —

Schönebeck, 27. April. (Ein neues Kollege.) Die Arbeiter der Lederfabrik von Christian Kühne sind am 24. April brieflich gekündigt worden. Der Grund ist in der Verbundzugehörigkeit der Arbeiter zu suchen, die Firma will keine „Sozialdemokraten“ beschäftigen. Die Arbeiter glauben diese Maßregel auf die Angeberei eines unmoralischen Mitarbeiters zurückzuführen zu können. Verschiedene Äußerungen des Betreffenden lassen in ihm den Angeber vermuten. Schon seit längerer Zeit besteht eine Mißachtung unter den Lederarbeitern gegen diesen Anführer. Auf ihn soll es auch zurückzuführen sein, daß vier Arbeiter in der Fabrik blieben, die als Klausuristen tätig sind. —

Schönebeck, 25. April. (Berichtigung.) In Nr. 96 der „Volkstimme“ war von dem Tischler Widdede in Groß-S... berichtet worden, er fertige bei Hasenfuß Streitarbeit an. Läßt man sich dazu mit, daß er keine Streitarbeit anfertigt. Die gegenteilige Behauptung sei eine Unwahrheit. Unser Gewährsmann hält demgegenüber seine Behauptung aufrecht. —

Schönebeck, 26. April. (Die öffentliche Turnerverjammlung.) Die am Karfreitag in der „Reichshalle“ stattfindende, von 75 Personen besucht. Nach dem vorzüglichen Referat des Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, Karl Frey, forderten zwei Gegner des Arbeiter-Turnerbundes zum Beitritt in die bestehenden deutschen Turnvereine auf, um die vom Referenten angeführten Mißstände zu beseitigen. Daß man in der deutschen Turnerschaft mit Reformen nicht durchbringen kann, wurde von mehreren Rednern an den Arbeiter-Turnerbund beschlossen. Die erste Versammlung findet am Sonnabend den 6. Mai, abends 8 Uhr, in der „Reichshalle“ statt, wo auch Anmeldungen entgegengenommen werden. Herr Lagerhalter Rudolf Spann, Büttcherstraße, hat die provisorische Leitung übernommen. Eine Liste zum Einzeichnen liegt auch zugleich bei ihm aus. —

Stahlfurt, 26. April. (Die öffentliche Impfung) findet am 1., 2., 3., 4. und 5. Mai im Saale des Hotel zum „goldenen Löwen“ statt. Diejenigen Kinder, deren Angehörigen eine besondere Aufforderung nicht zugehen sollte, sind am letzten Impftage, Freitag den 5. Mai, zur Impfung vorzuführen. —

(Majfeier.) Die Genossen und Genossinnen versammelten sich am 1. Mai von 8 Uhr morgens ab im Parteilokal. Um 1/9 Uhr Abmarsch nach Förderstedt und Ugendorf. Abends pünktlich 8 Uhr öffentliche Versammlung im festlich dekorierten Saale, in der Genosse

Landberg aus Magdeburg sprechen wird. Das gewerkschaftliche Manifest findet wie gewöhnlich am ersten Sonntag im Mai statt. Soffentlich ändert der Wettergott bis zum 1. Mai seine jetzige großräumige Banne noch und trägt auch seinen Teil dazu bei, den Mai-aussflug zu verhindern. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Gesunken ist bei Eßden in der Nähe von Bretsch ein Kahn, der von einem Dampfer angegannt wurde. Die Besatzung konnte nur das Leben retten. — In Koswig i. U. erlitt die dreißigjährige Tochter des Arbeiters Sauer, die allein in der Wohnung war, so schwere Brandwunden, daß sie daran nach zwei Tagen verstorben ist. —

Gerihts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sigung vom 26. April 1905.

Bodendiebe. Der Hausdiener Fritz Seifert aus Leipzig, geboren 1885, und der Maler Alfred Münnigheim aus Berlin, geboren 1882, beide vorbestraft, kamen im Februar d. J. hier zugereist und bestellten. Am 26. Februar führten sie Königsstraße 1 angeblich gemeinschaftlich schwere Bodendiebstahle aus und entwendeten Taschengeld, Hemden, Strümpfe, Unterhosen und andre Sachen. Als sie am 27. Februar ergriffen wurden, legten sie sich falsche Namen bei. Seifert hat außerdem im Januar zu Leipzig seinem Stubegehosenen Krause aus dem Keller bar 2 Mark und eine Taschenuhr gestohlen. Ferner hat Seifert am 24. Februar Königsstraße 16 mittels Einbruchs aus einer Bodenkammer Stiefel, Meißelsteinen, zwei Mägen und einen Schlüssel gestohlen. Münnigheim stahl am 26. Februar einen Bodenkammerstiefel. Die gestohlenen Sachen verkauften die Diebe. Auf Grund der Verhandlung verurteilte die Kammer Seifert wegen schweren Diebstahls in drei Fällen zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust; Münnigheim wegen einfachen und schweren Diebstahls in je einem Falle zu 9 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust; ferner die beiden Angeklagten wegen Bettelns und Beilegung eines falschen Namens zu je 6 Wochen Haft. —

Betrug. Der Pferdehändler Karl Schulze hier, geboren 1878, stahl am 11. Oktober 1904 zu Weferlingen einen Wechsel über 345 Mark, den er einem Getreidehändler zur Berechnung einer Schuld und zur Weiterlieferung von Futtermittel übergab. Ferner stahl Schulze den Wechsel vom 17. November 1904 über 400 Mark, den er einem Händler in Wolfenbüttel zur Sicherheit wegen einer Forderung einhändigte. Der Angeklagte wurde wegen schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen in Verbindung mit Betrug und Betrugsversuch zusätzlich zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Bilder aus dem Familienleben. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Handelsmann Andreas Meyer zu Subenburg, geboren 1865, wegen fortgesetzten Sittlichkeitsvergehens mit seiner 17 Jahre alten Stieftochter und wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit seiner 13 Jahre alten Stieftochter angeklagt, mangels ausreichenden Beweises aber freigesprochen, da die Töchter ihre Klage verweigerten. —

Kaufmannsgericht Magdeburg.

Sigung vom 26. April 1905.

Vorsitzender: Stadtrat Kaiser. Beisitzer: Kaufmann Gustav Werner und Kaufmann Wilhelm Riehe, Arbeitgeber; Buchhalter Hermann Schach und Stellvertreter der Abteilungsvorsteher Kaufmann Ritsch, Arbeitnehmer.

Ein schwieriger Fall. Der Buchhalter und Reisende Max Richter war bei der Weingroßhandlung Louise Rowe Wwe. in Chemnitz in Stellung. Er stielte mit dem Sohne derselben, der hier alleiniger Inhaber eines Automaten-Restaurants ist, nach Magdeburg über. Richter verlangt verschiedene ihm zugesicherte aber nicht gezahlte Beträge in Höhe von 65 Mark, wostwegen er auch die Mutter des Rowe, die die eigentlich. Inhaberin der Geschäft sei, mitverurteilte. Richter bietet seinen Eid auf den Namen seiner Mutter an, daß dies nicht der Fall sei; er stellt Gegenforderungen im Wege der Widerklage in Höhe von 125 Mark. Der Kläger habe Geschäft ohne seine Einwilligung gemacht, was bei einer Kontenbuchführung von 1000 Mark unterliegt großen sei. Richter muß aber zugeben, daß er den Abschluß von Geschäften gestattet habe, aber mit der Einschränkung, daß er, Richter, von dem Gewinn die Hälfte erhalte. Richter bestreitet diese letztere Abmachung entschieden. Ueber die Art der von Richter und Beklagten gemeinsam geschlossenen Geschäfte und Abmachungen ist keine richtige Klarheit zu erlangen. Nach langer Verhandlung erklärt sich der Kläger bereit, an Richter 60 Mark zu zahlen, sowie ihm ein Zeugnis als Buchhalter und Reisender auszustellen über die ganze Dauer der Beschäftigung. Das Geld wird an Gerichtsstelle sofort gezahlt. —

Ein Verschuldungsurteil in Höhe von 45,99 Mark ergiebt auf Antrag des Buchhalters Sperling gegen die Firma Buchdruckerei Ladert, welche im Termin nicht vertreten ist. Die Forderung wird wegen fortgesetzter zu Unrecht erfolgter Entlassung erhoben. —

Ein Vergleich. Der Meißende Krüger war bei der Firma Reiche (Zigaretten-Versandhaus) gegen 125 Mark Monatslohn und 10 Prozent Provision vom Umsatz angestellt seit 1. März 1905. Laut Vertrag mußte Krüger pro Tag dafür mindestens für 60 Mark Aufträge haben; andernfalls wurde nur Umsatzprovision und kein Lohn für die betreffenden Tage gezahlt. Krüger wurde Mitte März krank. Er verlangt für die 2 Wochen des März Gehalt und Provision für die im Februar ohne Gehalt gemachten Aufträge, insgesamt 93 Mark; 10 Mark hat Krüger an Krüger während dessen Krankheit gezahlt; die Provision könne aber erst gezahlt werden, wenn die Waren, die im Juli fällig sind, auch wirklich geliefert werden. Die Parteien vergleichen sich auf 20 Mark. —

Landgericht Halberstadt.

Sigung vom 26. April 1905.

Diebstahl. Der Zuschneider Franz Kohentel aus Leipzig wurde vom Schöffengericht zu Halberstadt wegen Diebstahls in 16 Fällen zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war bei dem hiesigen Kaufmann Grant als Zuschneider beschäftigt und ließ nebenbei für sich arbeiten. Die Zutaten zu den Anzügen hat er aus dem Geschäft entwendet. Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung wurde kostenpflichtig verworfen. —

Betrug. Das Schöffengericht zu Halberstadt verurteilte den Rentnersohn Fritz Döle aus Gensungen wegen Betrugs zu 25 Mark Geldstrafe und wegen unberechtigter Führung des Dokortitels mit 5 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte kam im Sommer 1904 nach Halberstadt und spielte sich als Bergreferendar und Doktor auf. Auf diese Weise pumpte er Lustig drauf los. In verschiedenen größeren Geschäften ließ er sich Anzüge anfertigen und pumpte sich auch bar Geld. Der Vater des Angeklagten hat die Schulden nachträglich bezahlt. Die Berufung wurde verworfen. —

Unterurteilung. Der Arbeiter Karl Bommert aus Osterwieck hat bei dem Kohlenhändler Feuerhade in 25 Fällen einstellerte Gelder unterzogen. Der Angeklagte ist geschuldig. Das Urteil lautet auf 3 Wochen Gefängnis. —

Sittlichkeitsverbrechen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wird gegen den Tischler Christoph Kirchhoff aus Osterleben verhandelt, welcher an einem Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. Das öffentlich verkündete Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. —

Diebstahl. Am 11. Februar wurden dem Bauunternehmer Thiele 6 Tausen gestohlen. Angeklagt sind deswegen die Schlosserlehrlinge August Wange und Walter Alert, beide von hier. Erklärend fällt für die Angeklagten ins Gewicht, daß sie den Diebstahl ausführten, um sich Geld zu verschaffen. Das Urteil lautet für jeden auf 1 Monat Gefängnis. —

Körperverletzung. Am 26. September v. J. fand zu Westeregeln bei einem Saalfest eine Schlägerei zwischen den Arbeitern Emil Laubel, Heinrich Bauermeister und Wilhelm Däcker statt, wobei

das Weitz eine Rolle spielte. Laubel wird wegen gefährlicher Körperverletzung zu 1 Jahr und Däcker wegen gefährlicher Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Bauermeister wurde freigesprochen. Bei Däcker wird 1 Monat der erstinstanzlichen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. —

Urteilsverkündung. Am 14. Oktober 1904 wurde auf der Post in Bernigerode einem Schalterbeamten ein der Firma Bauermeister gehörige quittierte Postanweisung überbracht, deren Auszahlung er wegen Verdachts, daß die Unterschrift gefälscht sei, verweigerte. Angeklagt sind nun die Schulkassen Kasel Lobe und Gustav Koch, beide aus Bernigerode. Die Beweisnahme ergibt, daß der Täter gewesen ist. Er wird wegen Urkundenfälschung und Verschwendung Betrugs zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Ende wird freigesprochen. —

Diebstahl. Der Futternecht Heinrich Wolff aus Bernigerode stahl im Februar d. J. zu Quedlinburg ein Fahrrad. Das Urteil lautet auf 2 Monate Gefängnis. Sein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. —

„Unterrecht in der Massage.“ Einblide in einen moralischen Sumpf gewährte eine vor der Strafammer des Berliner Landgerichts 2 verhandelte Anklage gegen den Massageur Franz Sack aus Marcksdorf und dessen Ehefrau Elisabeth Sack. Der Eheemann hatte sich wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten, die Ehefrau stand unter der Anklage der schweren Kupplerei, und zwar wurde sie beschuldigt, hinterlistige Kunstgriffe angewendet zu haben, um der unzüchtigen Vorwürfe zu leisten. Die Verfassungen des Ehemannes waren gegenüber einem bei ihm in Dienst stehenden noch nicht 16 Jahre alten Mädchen begangen worden, das er mißbraucht hat. In der Verhandlung wurde aber festgestellt, daß die Voraussetzung des § 182 des Strafgesetzbuchs insofern nicht zutrifft, als das Mädchen noch nicht „unbescholten“ war. Sack wurde deshalb freigesprochen. Schlimmer erging es der Ehefrau. Auf Grund einer Annonce hatte sich bei ihr ein junges Mädchen eingefunden, um Unterricht in der Massage zu genießen. Nach Vereinbarung zahlte sie 90 Mark für den Unterricht und gab ihre Ersparnisse in Höhe von 100 Mark „der Sicherheit wegen“ der Frau S. zur Aufbewahrung. Der Unterricht war zunächst ein theoretischer; als dann aber der „praktische Unterricht“ an die Reihe kam, erklärte die Angeklagte, daß dieser von ihrem Manne erteilt werden müsse. Das Mädchen durfte dabei mitwirkend alle Manipulationen, die der Angeklagte mit ihr vornahm, kam aber zur Erkenntnis, noch ehe der letzte Akt ihres Schamgefühls erlöset worden war. Als sie von den Angeklagten fortzog, hatte sie dann noch Schwierigkeiten wegen der Herausgabe ihrer 100 Mark, die die Angeklagte als Bezahlung für die Befestigung in Anspruch nahm. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung der Frau Sack zu einem Jahr zu zwei Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. —

Bourgeoisie Moral. Die Naive des Deutschen Volkstheaters in Wien, Karl v. Brenneis, war wegen eines Sittlichkeitsvergehens angeklagt. Der Fall ist der folgende: Die Gattin eines Fabrikanten Schweinburg, die von Eiferstutz durch den Umland erragt war, daß ihr Gatte halbe und ganze Nächte vom Hause wegbleibe, sah eines Tages das Automobil des Mannes vor einem Hause, in dem er, wie sie wusste, nichts zu tun haben konnte. Sie stellte Nachforschungen an, setzte sich mit zwei Stubenmädchen aus dem Hause in Verbindung und erhob als Ergebnis ihrer Erundigungen die erwähnte Klage. Sie brachte darin vor, ihr Gatte verführe mit der Schauspielerin und deren Angehörigen auf vertrautem Fuß. verbringe halbe Nächte in dem Kreise, buse sich mit allen, bringe allen Geschenken, nenne die Schauspielerin nur „sein liebes Mädchen“, während diese ihn „Luis“ rufe, kisse Kränlein Wallh, folge ihr in den dunklen Salons, werde auch von ihr geküßt usw. Die Schauspielerin stellte die Michtigkeit der Behauptungen der eifersüchtigen Gattin durchaus nicht in Frage, gab aber vor, ihr Verkehr mit Herrn Schweinburg sei trotzdem ein nur freundschaftlicher gewesen. In Schauspielerkreisen, wo sie sich weiter ausbreitete, herrschten eben freiere Umgangsformen, man trinke und buse sich, ohne der Sache eine Bedeutung beizulegen. Die Schauspielerin hätte sie sich auch berechtigt gefühlt, Geschenke anzunehmen. Der Richter sprach Kränlein v. Brenneis frei mit der Begründung, daß sie nur in einem freundschaftlichen Verhältnis zu dem Millionär gestanden und ihre Umgangsweise mit den freieren Sitten der Schauspielerin zu entschuldigen sei. In einer Gegenklage wurde die Gattin des Fabrikanten wegen Verleumdung der Schauspielerin zu 200 Kronen Geldstrafe verurteilt. —

Bermischte Nachrichten.

Der Bierkrieg in Kassel. Die Stadt Kassel war in den letzten Tagen der Schauplatz eines heftigen Kampfes. Der dortige Bierverein hatte beschlossen, vom 20. April ab den Mindestpreis für einen halben Liter Bier auf 15 Pfg. zu erhöhen, während bisher noch in den meisten, insbesondere in den von der höchsten Bürgererschaft und der Beamtenwelt frequentierten Lokalen der halbe Liter Gerstenjaß für 13 Pfg. vertrieben wurde. Doch die Wirte hatten diesmal die Rechnung ohne die Käse gemacht, bei denen der Verkauf des Biervereins einen lebhaften Protest hervorrief. Diese Proteste führten zu dem Auszug zahlreicher Stammgesellschaften aus ihren bisherigen Lokalen und zur Verödung so mancher, somit gut besuchten Bierwirtschaft. Angesichts der entstehenden Haltung der Biertrinker wurde den beteiligten Wirten angeht und bange um den Verlust ihrer Kundenschaft, und bald versuchten zahlreiche Inzerate in den Zeitungen und Anschläge an den „Lokalokalen“. „Hier wird der halbe Liter Bier... 13 Pfg. vertrieben!“ So kann gesagt werden, daß der Kasselener Bierkrieg mit einem vollen Sieg der Biertrinker endete. —

Die afrikanischen Zwerg. Wie schon berichtet wurde, sollten einige Mitglieder der mehrwöchigen Zwergglänne aus dem afrikanischen Umland von Ober-Gambia nach London gebracht werden. Es hat sich jedoch eine Schwierigkeit ergeben, indem das englische Auswärtige Amt zunächst ein Zeugnis darüber verlangt, ob die Zwerg gesund und waren und freiwillig nach London kommen wollten. Ueber die Pygmäen von Kongoalbe, um die es sich hier handelt, macht nun Dr. W. A. Injorge, der soeben von seiner Reise durch Afrika nach London zurückgekehrt ist, einige nähere Mitteilungen. Sie bewohnen die Gegend zwischen Fort Beni und Abacubi und sind unter dem Namen „Bambuti“ bekannt. Sie sind verschieden groß, die kleinsten aber nicht größer als ein sechs- bis siebenjähriges Kind. „Sie sind nicht zu identifizieren“, schreibt der Forscher, „wahrscheinlich mit den Zwergen des Kongoalbees ständig ihr Gebiet bereisen. In einigen Fällen des Kongoalbees einen ihrer merkwürdigen Züge auf; sie in meiner Gegenwart einen ihrer merkwürdigen Züge auf. Die Männer folgten einander in einem Kreise, mit dem drei Schritte vorsehend, dann wieder drei Schritte ohne voranzuschreiten. Von Zeit zu Zeit klatschten die Frauen in die Hände — sie machten recht geschickt Musik mit den Händen — und brachten so ein lautes, trauendes Geräusch hervor, und dabei wiederholten sie anscheinend freisprechend laute: „Wo, wo, wo, hi, hi, hi, und ho, ho, ho.“ In Hoshalla enthielten ihre Lieber offenbar Worte, die Weife war durchaus nicht unangenehm. Die typischen Bambuti haben eine zurücktretende Stirn, buschige Augenbrauen und harte, wulstige Lippen. Andre dagegen haben davon ganz abweichende Gesichtszüge. Diese Beobachtung führt mich zu der Ansicht, daß es eigentlich verschiedene Stämme sind, die jetzt unter dem allgemeinen Begriff Bambuti zusammengefaßt werden. Mehrere Beamte versicherten mich, daß die Bambuti Menschenfresser wären; man sieht den Brauch wirklich noch über, so tun sie es sichtlich nur für den

größten Heimlichkeiten. Die Wambuti, die ich sah, legten eine sehr freundschaftliche Bestimmung an den Tag; sie brachten mir sogar in Mollala eine lebende Antilope als Geschenk.

Das Bankwesen im alten Babylon. Man nimmt allgemein an, daß die Institution des Bankwesens und der Geldwechselgeschäfte zu Beginn des modernen Zeitalters durch die Juden und die lombardischen Bankiers begründet worden sei; damals wurde der durch Cicero übertragbare Wechsel eingeführt und eine gewisse Anzahl des Bankwesens ausgebildet. Wohl hatten die Griechen schon ihre „Trapeziten“, die Römer ihre „Argentarii“, aber das waren Geldwechsler und keine Bankiers. Wohl aber waren Ideen, die erst in dem modernen Bank- und Börsewesen zur völligen Entwicklung kamen, schon bei den alten Kaufmannsvölkern im Umlauf. Schon die Phönizier sollen solche Formen des Handelsverkehrs gekannt und diese Tradition auf die Juden vererbt haben, von denen sie bis in die Neuzeit weitergetragen worden wäre. Für solche Vermutungen hatte man bisher keine recht wissenschaftliche Grundlage, nun aber derselbe neuste archäologische Entdeckungen ein überraschendes Licht auf das Bankwesen uralter Zeiten. Professor Hilprecht hat bei seinen Ausgrabungen in Babylon derartige Funde gemacht, über die er in den Publikationen der Universität von Pennsylvanien Bericht erstattet. Er hat, als er zu Nippur die Aufdeckung des großen Paltempels leitete, die Ufen zweier großen Bankfirmen Egibi u. Sohn aus dem 7. Jahrhundert v. Chr. und Muraschu u. Sohn aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. aufgefunden. Diese beiden Bankhäuser, die ganz bedeutende Geschäfte machten, wechselten Geld oder liehen es auch gegen Hinterlegung von Urkunden oder Pfandobjekten, wobei sie den beträchtlichen Zinsfuß von 20 Prozent in Anspruch nahmen. In einer Stadt wie Babylon, wo ein sehr lebhafter Handelsverkehr herrschte, waren nichtsdestoweniger Silber und Gold selten; die Steuern aber, die wegen des ausgedehnten Beamtenwesens und der Größe der Armee sehr beträchtlich waren, wurden nur in Wertmetallen eingetrieben; die Leute waren also zum großen Teil in die Hände der Banken gegeben, wie noch heute die ägyptischen Fellahs von griechischen Geldleihern völlig abhängig sind, und daher kam der Reichtum dieser babylonischen Bankiers, die sich ihr Gold und Silber von den armen Steuerzahlern recht teuer bezahllen liehen. Aber nicht nur für die kleinen Leute, auch für die Großen waren sie unentbehrlich. Man findet auf den Ziegelsteinen, deren Schrift man hat entziffern können, persische, jüdische und chaldäische Namen nebeneinander. Die Buchführung war äußerst genau und sorgfältig. Jedes Geldspot, jede Hinterlegung von Wertgegenständen, jedes Darlehen, jeder Handelsvertrag, sie alle wurden auf einen bestimmten Ziegel aufgeschrieben, mit dem Siegel der Kontrahenten versehen und ebenso auch mit der Unterschrift der Zeugen, die entweder ihr Siegel daruntersetzten oder den Nagel ihres Daumens darauf prägierten. Je nach der Wichtigkeit und Dauer des Vertrags wechselte die Zahl der Zeugen, die zwischen zwei und dreißig betragen konnten. Alle diese Ziegel waren nummeriert und geordnet. Es ist interessant, festzustellen, daß die Ziegel der 200 Jahre älteren Firma Egibi Eintragungen in jüdischer Sprache enthalten, die mit babylonischen Schriftzeichen untermischt sind und eine sehr wertvolle Erkenntnis über die damalige Sprachentwicklung in Mesopotamien vermitteln. Die Rechnungen und Kontozettel der jüngeren Firmen Muraschu dagegen weisen neben Eintragungen in babylonischer Schrift auch schon viele Niederschriften in aramäischer Schrift auf. Diese letztere Schriftform, die bereits alphabetisch ist, hat es erlaubt, die Namen einiger bisher unbekannter Götter zu entziffern, die mit den Göttern anderer Völker Kleinasiens identisch sind.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 30. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: „Maffier und Bergesehnbelle.“ — Die Frauenarbeit in Frankreich. Von Paul Louis (Paris). — Das Entstehen des neuen Rußland. Von H. Dahn. — Der belgische Staat und die Kohlengruben. Ein neues Bergwerksgesetz. Von Auguste Lemaire. — Vant und Diebgen. Von Otto Schick. — Religion und Volksschule. Von Heinrich Schulz. — Literarisches Rundschau. — „Dokumente des Sozialismus“. Festschrift für Bibliographie, Geschichte und Urkunden des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein. Verlag J. G. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Das soeben erschienene Heft 4 (April 1905) enthält vier ungedruckte Briefe des ersten deutschen Kommunisten Wilhelm Weitling, einen Aufsatz über das neue Werk des geistigen Hauptes der Neulantianer, Prof. Hermann Cohen „Ethisch des reinen Willens“, sowie einen Artikel über das Verhältnis Garibaldi zum Sozialismus. Ferner Bibliographie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften (34 Besprechungen). Verzeichnis von Neuerscheinungen und Aufsätzen in sozialistischen und andern Zeitschriften. Urkunden des Sozialismus und Notizen über den Sozialismus in den Zeitschriften. — Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljahr 3,50 Mk., das einzelne Heft 70 Pfg.) Inhalt des zweiten Aprilheftes: Vom Kunststudium. Von Ferdinand Avenarius. — Gedichte in der Volksschule. Von Alfred Vogel. — Klaviermusik und musikalische Bildung. Von Karl Grünsh. — Zur Baukunst von heute. Von Schulze-Naumburg. — Jose Wälder: „Am Nymus Sempers Jugendland“ von Otto Ernst. — Rundschau: Sammlung. Neue Bücher. Jules Berner. — Dresdner Theater. Berliner Theater. Wiener Theater. Gesammelte Theaterkritiken. Leipziger Gewandhausprogramme. Felix Draeseke. Laubmanns Chordrama „Die Sängerverweigerung“. Kompositionen von Robert Volkmann. Konstantin Meunier. Franz Desreger. Sambergers „Schiller“. Berliner Kunst-Vereinsschulen. „Auf daß der Platz voll werde“. — Zur Dramatik. Noch einmal: Lauenburg. In Sachen der goldenen Volkskammer. — Bilderbeleg: Rudolf Sied, Blütenbaum; Rudolf Stumpf, Städtchen in tiefer Nacht; 15 Abbildungen zum Aufsatz Schulze-Naumburg „Zur Baukunst von heute“. — Notenbeilage: August Halm, Remuet-Szene. — Vereins-Kalender. Verband der Kupferschmiede. Sonnabend den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Sitzung beider Kommissionen bei G. Böhm, Kl. Klosterstraße 15-16. — Marktberichte. Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 16,00—21,00. Speisebohnen (weiße) 23,00—33,00. Binsen 21,00—33,00. Kartoffeln 7,50—9,50. Rischstroh 4,20—4,80. Krummstroh 3,20 bis 3,80. Heu 8,00—9,50. Stroh für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,93—1,03, von der Keule 1,40—1,60. Vauhfleisch 1,20—1,40, Schweinefleisch 1,20—1,40, Kalbfleisch 1,30 bis 1,40, Hammelfleisch 1,20—1,40. Speck (geräuchert) 1,40—1,60. Eierbutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,20—3,80. — Viehmarkt. Magdeburg, 26. April. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 125 Rinder, 164 Kälber, 254 Schafvieh z., 805 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige —

Markt, b) junge fleischige und ältere ausgewärrte 34—36 Mk., c) mäßig genährte, junge und ältere 31—33 Mk., d) gering genährte jeden Alters 28—30 Mk. Bullen: a) vollfleischige, ausgewärrte bis zu 5 Jahren —, b) vollfleischige jüngere 32—34, c) mäßig genährte jüngere und ältere 28—31 Mk., d) gering genährte jüngere und ältere 26—27 Mk. Färren und Kühe: a) vollfleischige, ausgewärrte Färren höchsten Schlachtwertes — Mk., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren — Mk., c) ältere ausgewärrte Kühe und wenig gut entwidelte jüngere Kühe und Färren 26—28 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färren 23—25 Mk., e) gering genährte Kühe und Färren 19—22 Mk. Kälber: a) fetter Mast 48—52 Mk., b) mittlere 39—46 Mk., c) geringe Saugkälber 30—35 Mk., d) ältere, gering genährte (Fresser) 25—31 Mk. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlammel 32—33 Mk., b) ältere Mastlammel 30—31 Mk., c) mäßig genährte 27—29 Mk. Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 64 Mk., b) fleischige 61—63 Mk., c) gering entwidelte 57—60 Mk., d) Sauen und Eber 56—60 Mk. Ueberstand: 5 Rinder, 2 Kälber, 4 Schafe, 14 Schweine. —

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Wien, Prag), date (24. April, 25. April), and water level changes (+0.28, +0.26, etc.).

Gewerkschaftsstatell.

Donnerstag den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Albert Vater, Knochenhauerufer 27, Versammlung. Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Sekretärs. 2. Rapportbericht für das I. Quartal 1905. 3. Jahresbericht des Vorstandes und des Sekretariats. 4. Statistik betr. „Wohlfühme“. 5. Verschiedenes. —

Advertisement for 'Wir braten kochen u. backen' featuring three women in traditional dress. Text includes 'Fleisch Fisch u. Kuchen' and 'SOLO in Carton'.

Advertisement for 'Ad. Kurkowsky' furniture and upholstery. Text includes 'Großes Lager', 'Möbel, Spiegel', and '21 Neuweg 21'.

Large advertisement for 'Alle Schulbedarfsartikel' (all school supply items) for citizens and Volksschule, listing books, notebooks, and schoolbags.

Advertisement for 'Standesamt' (Municipal Office) in Magdeburg, listing birth and death records.

Continuation of the 'Gewerkschaftsstatell' report, listing names and details of members and events.

Advertisement for 'Wolf Seelenfreund' (Wolf Soul Friend) located at 'letzt Ratswagenplatz 34, 1 Tr.'.

Advertisement for 'Aschersleben' featuring 'Hermann Schulz' as a barber and hairdresser.

Continuation of the 'Standesamt' report, listing more birth and death records.

Sd. Petersburg, 27. April. Die Befürchtungen wegen der Osterfeierstage verstärken sich. Es zielen Gerüchte, daß in der Osternacht Attentate gegen die Zsar- und Kaiserfamilie beabsichtigt sind. Kaufhäuser, Regierungsgebäude und die Palais der Großfürsten sowie die Wasserleitungsstationen werden vom Sonnabend ab von starken Truppenabteilungen bewacht. Zahlreiche begüterte Familien verlassen fortwährend die Stadt. Auf dem Warschauer Bahnhof wurden fünf Agitatoren verhaftet, welche versuchten, Eisenbahnbeamte aufzureizen.

Sd. Warschau, 27. April. In Warschau erschuf ein unbekannter ein Soldaten auf offener Straße. Später wurden drei Mann verhaftet, welche mehrere Schüsse auf einen Polizeibeamten abgegeben und denselben tödlich verletzt hatten.

* Petersburg, 27. April. Der Gehilfe des Dirigenten der Handelskammer im Finanzministerium und Verweser der Sektion für Getreidehandel, Staatsrat Kasperow, ist nach Veruntreuung von 1300 000 Rubel flüchtig geworden.

* Petersburg, 27. April. 2000 Soldaten der Regimenter Drenburg und Zwisch, welche sich auf dem Wege nach dem Kriegsschauplatz befinden, zerstörten einen staatlichen Alkoholausschank, sowie die Opfergaben des roten Kreuzes.

* Petersburg, 27. April. Die Schwester Wjedomoff besetzt an leitender Stelle die in der Stadt umlaufenden Gerüchte, wonach angeblich am 1. Mai, dem zweiten russischen Osterfeiertag, etwa 15 000 Kosaken, sogenannte Poodlans, in Körper auf die einzelnen Stadtteile verteilt, die Straßen durchziehen und die gebildete Bevölkerung nieder machen wollen. Die Bewegung, so besagen die Gerüchte weiter, sei nicht gegen die Regierung gerichtet, und die eigentliche Arbeiterbevölkerung sei an ihr nicht beteiligt. Auch die Zeitung „Russ“ nimmt von diesen Gerüchten Notiz.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. April 1905.

Zur Maifeier. Auch in diesem Jahre ist das übliche Gesuch um Genehmigung eines Maifeitzuges an die Polizeibehörde abgegangen, um die übliche Antwort zu erhalten. Hier ist sie:

Ihrem Gesuche vom 22. April 1905 um Genehmigung eines öffentlichen Aufzuges der sozialdemokratischen Bevölkerung Magdeburgs am 1. Mai dieses Jahres durch die Jakobstraße, Altemarkt, Große Münzstraße, Kaiserstraße, Wilhelmstraße und das Ulrichstor nach dem Stadtviertel „Luisenpark“ in der Spielgartenstraße kann im Interesse der öffentlichen Ordnung (§§ 9, 10 der Verordnung über die Verhütung eines die gesellschaftliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versamlungs- und Bereinigungsrechtes vom 11. März 1850) nicht stattgegeben werden.

Der Polizeipräsident:
Keffler.

Die Genossen und Genossinnen werden sich also ohne Festzug behelfen müssen. Es geht auch so.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die Einigungsverhandlungen, die am Dienstag im Innungssekretariat stattfanden, führten zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen Steinseherinnung und Gesellenausschuß, der folgendes bestimmt:

Der Stundenlohn beträgt vom 1. Mai bis 31. Dezember 1905 58 Pfg., vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1907 60 Pfg. für leistungsfähige Gesellen, für ältere und Junggesellen schwankt der Lohn zwischen 40 und 50 Pfg.

Die 1/2 stündige Arbeitszeit mußte beibehalten werden, da die Innung in der Bekräftigung der Arbeitszeit dem Bauhandwerk nicht vorausgehen wollte. Dafür beschloß man die Einrichtung von 4 Erholungspausen in der Dauer von je 10 Minuten und zwar des Morgens um 10 und 11 Uhr und nachmittags um 3 und 4 Uhr. Die Arbeitsleistung bleibt wie bisher bestehen für vollleistungsfähige Gesellen pro Arbeitstag: Kopfstreupflaster, gewöhnliches Format 30 Quadratmeter, Reihenspflaster auf Kies 25 Quadratmeter, bescheiden auf Beton 20 Quadratmeter, Kleinspflaster 20 Quadratmeter, Moosspflaster 12 Quadratmeter, bei freiem Planum.

Die Versammlung der Steinseher, die am Dienstagabend bei Braunsch statt fand, stimmte diesen Vereinbarungen zu. Für drei Jahre hat das Steinsehergewerbe also Ruhe, wenn der Tarif von beiden Seiten eingehalten wird.

Zum Ausstand der Wachs- und Kesselschmiede bei Garrett Smith u. Co. Die Kommission der Ausständigen versuchte Donnerstag morgen Verhandlungen anzuknüpfen, wurde aber wieder in einer Weise von Herrn Winkelmann behandelt, die nicht zum wenigsten zu der Gärung in der ganzen Fabrik beigetragen hat und ihre Folgen zeitigen wird. Die Kommission läßt durch eines ihrer Mitglieder anfragen, ob die Kommission die Verhandlungen vorsehen soll. Sie bekommt zur Antwort: Ja. Darauf erscheint sie um 1/2 12 Uhr, Herr Winkelmann erklärt aber, sie solle erst um 12 Uhr kommen. Die Leute gehen nach ihrem Tagungslokal zurück, berichten dort über ihre Mission und gehen wieder nach der Fabrik; erscheinen dort 7 Minuten nach 12 Uhr. Da kommt der Betriebsleiter heraus und faucht ihnen entgegen: „Warum können Sie nicht pünktlich sein jetzt habe ich keine Zeit mehr.“ Dem Manne kann geholfen werden, die Ausständigen haben Zeit. Wir bemerken noch, daß die Forner gestern in gleicher Weise provoziert wurden. Sie haben bekanntlich 11 Tage angelegt. Gestern wird anstatt sonst um 3 Uhr erst um 1/2 6 das Gebläse zum Ofen angestellt, obgleich die Leute um 4 Uhr der Betriebsleitung erklärten, Ueberstunden machen wir nicht. Das haben sie gehalten. Sie sind um 6 Uhr gegangen, während sie bis 9 Uhr hätten arbeiten müssen, um abgehen zu können.

Achtung, Maurer! Die Lohnhöhen bei den Scherwerks-Unternehmer Friedrich Hiesler sind erledigt. Der Lohn ist von ihm unterschrieben und der fehlende Stundenlohn nachgezahlt worden. Die Maurer werden, soweit sie noch nicht anderweitig in Arbeit stehen, wieder eingestellt.

Bei der Firma Draume u. Stegelitz haben heute morgen neun Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Firma die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligen wollte. Bisher erhielten die Arbeiter pro Tag 3,50 Mark, sie fordern eine Lohnerhöhung von 50 Pfennig pro Tag. Ferner verlangen die Arbeiter, daß die Firma sie einer Krankenkasse anmelde. Bisher wurde der Lohn jeden Tag ausbezahlt, worauf sich die Firma stützte und erklärte, sie hätte es nicht nötig, ihre Arbeiter bei der Krankenkasse anzumelden. Ein Arbeiter arbeitet dort ununterbrochen schon über ein Jahr und gehört keiner Klasse an. Wir sind der Meinung, daß sowohl die Lohnforderung als auch die Forderung, bei einer Krankenkasse angemeldet zu werden, nur berechtigt ist und erwarten, daß kein Magdeburger Arbeiter bei der Firma in Stellung tritt, bevor nicht die Forderungen bewilligt sind.

Große Beunruhigung herrscht bei zahlreichen Reservisten und ihren Angehörigen über die Einberufung zu militärischen Dienstleistungen in Oberschlesien. Gerade dort grassiert bekanntlich die Genickstarre und fordert zahlreiche Opfer. Sollte da die Militärbehörde nicht ein Eingehen haben und die Übungen wenigstens in derartig weicher Ausfallen lassen?

Ueber die verkauften Nordfrontbaustellen ist der Stadtbekanntmachungsamt ein Verzeichnis zugegangen, dem wir folgende Zahlen entnehmen: Im ganzen sind bis jetzt verkauft 530. für die Stadt verbleibend 20 Hektar 51 Ar 30 Quadratmeter für 11 708 041,85 Mark, durchschnittlich für 57,07 Mark für das Quadratmeter. An Baugelände sind in der Nordfront noch verfügbar 10 Hektar 32 Ar 0,1 Quadratmeter.

Der Krankenwagen der Feuerweh wurde am Mittwoch viermal verlangt.

Von der Elbe. Gestern mittag passierte ein Dampfer der Deutsch-Oesterreichischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Stromaufwärts fahrend, mit mehreren Schleppflößen an der Troste, die Strombrücke. Plötzlich riß von einem Fahrzeug, das rechtsseitig an Land lag, die Hinterkette. Es schlug mit ziemlicher Gewalt gegen den letzten geschleppten Kahn und beschädigte diesen schwer. Der Kahn mußte zum Ufer geschleppt und geleichtert werden. Beide Kahne verloren ihre Rettungsboote. Personen sind nicht verletzt worden.

Unfälle. Der Schiffer Max Stoy geriet in Budau zwischen einem Eisenbahnwagen und den Steg, welcher vom Kahn zum Eisenbahnwagen führt; er erlitt eine Hüftquetschung. Dem Hofarbeiter Kammel aus G.-Dittersleben fiel in der Fabrik von Köhrig u. König eine 12 Zentner schwere Eisenplatte gegen den Kopf; er erlitt eine schwere Quetschung desselben und wurde im besinnungslosen Zustand im Sudenburger Krankenhaus eingeliefert, wo auch Stoy Aufnahme fand.

Ein Aischgrabenbrand entstand Donnerstag früh 4 Uhr 37 Minuten im Stadttheater. Ein Böschzug der Hauptwache rückte aus. Der Brand war bald beseligt.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Kühne; Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Diez.

Magdeburg, 27. April 1905.

Begen schweren Diebstahls gegen einen Kameraden ist der Kanonier Waldmann, 1. Batterie 4. Feldart.-Regts., angeklagt. Er hat am 9. April das Spind eines Kameraden mit einem falschen Schlüssel geöffnet, ein Salzküpfchen mit 3,50 Mark herausgenommen und das Spind wieder verschlossen. Das Küpfchen war weg und kaufte sich von dem Geld Puzzeug und Nahrungsmittel. Bei Meldung der Tat am anderen Tage gab er das Geld zurück, das er sich von seinem Consin borgte. Der reuige Angeklagte weiß nicht, wie er zu der Tat gekommen, er habe unüberlegt gehandelt. Der Angeklagte ist vollständig mittellos und erhält keinerlei Zuschuß. Strafantrag 3 Monat Gefängnis. Das Urteil lautet demgemäß, außerdem auch auf Verurteilung in die 2. Klasse des Soldatenstandes.

Begen Beleidigung ist der Wendarm Schmidt (Nationalist in Parchen) von der 4. Gendarmen-Brigade angeklagt. Er soll beim Patrouillengehen am 4. Febr. anwesenden Chauffeurarbeiter gegenüber Ende Oktober beleidigende Äußerungen über eine Frau Sch. in Parchen getan haben; dieser teilte die ehrenverletzenden und hier nicht wiederzugebenden Bemerkungen dem Ehemann der Beleidigten, ebenfalls Chauffeurarbeiter, mit, der Strafantrag gegen den Wendarm stellte. Die Äußerungen bezogen sich auf eine angebliche Krankheit der Frau, die von dieser bestritten wird. Zwischen den Eheleuten Sch. und dem bei ihnen wohnenden Wendarm, dem sie aber die Wohnung gekündigt hatten, herrschte schon längere Zeit eine Spannung. Die Äußerungen selbst gibt der Angeklagte zu, hält sie aber für begründet. Der Strafantrag lautet auf 50 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte wird wegen einfacher Beleidigung, die nicht im Dienst erfolgt sei, mit 10 Mark Geldstrafe belegt. Der sehr milde bestrafte Angeklagte behält sich eine Erklärung vor.

Kleine Chronik.

Zu dem Suizidmord in Hannover.

Eine strenge Untersuchung soll der Erste Staatsanwalt Kessel wegen der Blüternmeldung über das zweite Geständnis des Mörders Wölfer gegen sämtliche Subaltern- und Unterbeamte der Staatsanwaltschaft eingeleitet haben. Sie werden angeklagt darüber vernommen, in welchem Zusammenhang sie mit der betreffenden Meldung stehen. Man sagt sogar dem „Hann. K.“ zufolge, daß der Erste Staatsanwalt die Einleitung eines Zeugniszwangsverfahrens gegen einen Gerichtsdiener beabsichtigt.

Die Genickstarre.

In Schwientochlowitz, Bobret und andern ober-schlesischen Dörfern sind neue Erkrankungen und Todesfälle an Genickstarre vorgekommen. Ferner wird aus Bries gemeldet, daß dort drei Kinder an Genickstarre gestorben sind. Vier an Genickstarre erkrankte Personen befinden sich noch im Krankenhaus. Eine aus Grabenstein in flammende Frau ist als genickstarreverdächtig in die Frauenbürgereidiotenanstalt eingeliefert worden. Der Husar Rhode vom 1. Kavallerie-Regiment ist unter genickstarreverdächtigen Erscheinungen während des Osterurlaubes zu Dorsfungen plötzlich gestorben. Es wurden deshalb alle Umlauber der Kavallerie-Regimenter telegraphisch zurückbeordert, um im Militärlazarett beobachtet zu werden. Die Zahl der noch in Behandlung befindlichen Genickstarrefälle in Oesterreich-Schlesien beträgt 33. Der Professor der Pathologischen Anatomie Dr. Anton Schön, der von der österreichischen Regierung zum Studium der Genickstarre nach Schlesien entsandt war, ist nach Wien zurückgekehrt und wird einen umfassenden Bericht über seine Beobachtungen erstatten. In Rosenheim ist der Fabrikarbeiter Gassenkopf, der am Montag noch frisch und gesund schien, plötzlich von einer schweren Erkrankung befallen; die Ärzte konstatierten Genickstarre. Auch aus Neu-Ruppin wird jetzt ein Fall von Genickstarre gemeldet. Dort ist das zweiährige Kind eines Arbeiters gestorben.

Zur Bekämpfung der Genickstarre haben die Leiter des Hygienischen Instituts der Berliner Universität und des Instituts für Infektionskrankheiten auf Veranlassung des Polizeipräsidenten umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Sie haben mehrere Assistenten entsandt, um durch Untersuchungen von Rosen und Rachen solcher Personen, die zur Umgebung der drei in Berlin an Genickstarre Erkrankten gehörten oder mit ihnen in Verbindung gestanden haben, zu ermitteln, ob sie leicht Träger des Infektionsstoffes seien. Durch die Untersuchungen der Assistenten soll auch, wenn möglich, festgestellt werden, woher bei den Erkrankten der Infektionsstoff rührte, und ob vielleicht die Uebertragung aus einer gemeinsamen Quelle erfolgte.

Eine Begrabigung.

Der Fabrikarbeiter Julius Franzmüller aus Wald wurde im Dezember 1876 wegen Ermordung seiner 11 Monate alten Tochter vom Oberlandesgericht zum Tode verurteilt und 1877 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Jetzt, nach 29 Jahren, ist der 61jährige Mann am 1. Ostertag ganz begnadigt worden.

Engelwäcker.

In Charlottenburg entdeckte die Kriminalpolizei einen Schlupfwinkel, in dem regelrechte Engelwäcker betrieben wurde. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Ein netter Jugendbildner.

Wegen Unfittlichkeiten, begangen gegen Schulkinder, wurde der Reichsschullehrer Ernst Paul Bauer in Hohburg bei Burg zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der mißhandelte Leutnant.

Von dem Militärgericht in Sandshut wurde der Leutnant Graf Preßing II des 2. schweren Reiterregiments wegen Mißhandlung eines Rekruten zu 18 Tagen Stubenarrest verur-

teilt. Preßing hat den Rekruten auf der Reiskamp, wozu Unwissenheit mit der Reiskampische deart geschlagen, daß der Rekrute zum Arzt melden mußte.

Ein „vergeßlicher“ Sergeant.

Man „vergeßlich“ war der beim 179. Inf.-Regt. in Leipzig dienende Sergeant Kahl. Er besuchte eines Tages den Platz eines Soldaten und erhielt von diesem neben vielen schönen Worten auch einen Taler, welchen er an den Soldaten abliefern sollte. Die „vielen schönen Worte“ erhielt der Soldat übermittel, den Taler aber „vergeßlich“ der Sergeant. Das Kriegsgericht strafte diese Vergeßlichkeit mit Degradation und 3 Wochen Mittelarrest.

Ein Brudermord.

Auf dem Hofe des Landwirts Hans Karstens in Lunden im Holsteinischen lebten seine Söhne Maas und Stephan Karstens nebst einer taubstummen Schwester. Maas Karstens sollte den Hof haben, während die Geschwister je 20 000 Mark erbten. In früher Morgenstunden erschien Stephan in großer Aufregung bei dem Gemeindevorsteher und teilte ihm mit, daß sein Bruder ermordet sei. Die sofort vorgenommene Besichtigung bestätigte diese Angaben. Auf Brandspuren zeigten sich im Zimmer. Von dem Mordinstrument fand sich keine Spur. Die erste gerichtliche Aufnahme hatte das Resultat, daß Stephan Karstens wegen Verdachts des Brudermordes verhaftet wurde.

Ein Drama.

Ein Doppelmord und Selbstmord wird aus Kopenhagen in Schlesien gemeldet. Der dort wohnhaft gewesene 36jährige Gutsbesitzer Bruno Strauch hat in Unwissenheit seiner Frau seine beiden sechs und drei Jahre alten Söhne aus erster Ehe und dann sich selbst durch Revolvergeschosse in den Kopf getötet. Als die Frau, die von einem kurzen Besuche heimkehrte, die Wohnung betrat, fand sie die drei Leichen in ihrem Blute liegend auf, während ihr eigenes, halbjähriges Kind unversehrt in der Wiege spielte. Das Motiv zu der furchtbaren Tat ist vermutlich in nützlichen Vermögensverhältnissen zu suchen.

Zur Affäre Marholm.

Die Schriftstellerin Laura Marholm, die kürzlich ohne Wissen ihres Mannes, Da Hansson, in eine Irrenanstalt gebracht wurde, befindet sich noch immer dort. Weder dem Ehemann, der bei der Kreisregierung Beschwerde geführt hatte, noch seinem Rechtsanwalt wurde Einsicht in die Akten gestattet. Der Anwalt erhielt nur einen Polizeibefehl, daß Frau Marholm auf die Dauer wegen Gemeingefährlichkeit interniert werden mußte. Angeblich ist in diesem Befehl, daß Herr und Frau Hansson im Jahre 1901 wegen Beamtenebeidigung in Untersuchung gewesen seien und die Untersuchung damals wegen Gefährlichkeit derselben eingestellt worden sei. Zugewiesen hat das Amtsgericht das Entmündigungsverfahren gegen Frau Marholm eingeleitet. Hansson erfuhr davon, als er seine Frau in der Irrenanstalt besuchte. Er weiß auch nicht, wer den Antrag auf Entmündigung gestellt hat. Hansson legte gegen das Entmündigungsverfahren Beschwerde beim Amtsgericht ein.

Eine Schiffskatastrophe.

Der französische Dampfer „Racine“ war von Bristol aus nach Le Havre unterwegs. Das Schiff fuhr in dunkler Nacht mit voller Geschwindigkeit in der Nähe der englischen Küste, als es plötzlich mit einem großen Schoner von drei Masten zusammenstieß. Für einen Augenblick blieben die beiden Schiffe in der Dunkelheit ineinander gefest; dann fuhr der Kapitän der „Racine“ mit Vollkraft rückwärts. Zugleich begann der Schoner, dessen Namen man nicht feststellen konnte, rasch zu sinken. Man konnte deutlich die Hilferufe seiner Mannschaft hören; bevor man ihnen aber Hilfe zu leisten vermochte, war das Schiff bereits unter dem Wasserpiegel verschwunden. Die „Racine“ hatte Signallichter ausgehängt, und ihr Rettungsboot suchte anderthalb Stunden an der Unglücksstelle, aber das Schiff schien mit der gesamten Mannschaft untergegangen zu sein.

Kleine Tageschronik. Das Verfahren wegen Gattenmordes gegen den Arzt Dr. Braunstein, der jüngst wegen Urkundenfälschung zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist eingestellt worden.

Die Mitglieder einer größeren Eigenerwerbvereinigung in Oppeln mit einander in Streit. Ein Eigenerwerb aus Oesterreich-Schlesien erlosch seinen Gegner, einen Familienvater, mittels einer Doppelfinte und erschoss. Sechs andere Eigenerwerber wurden verhaftet. Auf dem Rhein kenterte bei Nees ein Boot, in dem sich zwei Personen befanden. Ein Anfaß des Bootes, der Zahlmeister Gabel aus Wesel, ertrank. Der andere wurde gerettet. Von einem Eisenbahnzug wurde in der Nähe der Station Schleißheim der Reiter Friedrich Ruhn vom zweiten schweren Reiterregiment überfahren und getötet. In Hafflingen saßen das Arbeiter-Ehepaar Lohse bei einem in seiner Wohnung ausgebrochenen Brande durch Erschden den Tod. Mittwoch nachmittag begann der Durchbruch der letzten hundert Meter des großen Jungferaubahntunnels. Der Durchbruch aus dem „Eisener“ ist Ende Mai zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Der russisch-japanische Krieg.

Sd. Paris, 27. April. Dem „Matin“ wird aus Petersburg bestätigt, daß Koschijewski tatsächlich einen fählichen Kurs eingeschlagen habe, um dem Geschwader Negibatorow entgegenzuführen.

Sd. Petersburg, 27. April. Die Gesichte, welche General Nemirowski in seinem letzten Bericht erwähnt, hatten den Zweck, die japanischen Verjuche, Wladimirok zu isolieren, zum Sagen zu bringen.

Sd. Berlin, 27. April. Gestern sprang aus dem zweiten Stockwerk des Hauses Schützenstraße 27 ein Mann aus, die Straße hinab, wo er mit zerfallenen Kopf und gebrochenen Gliedmaßen liegen blieb. Es handelt sich um den vierzigjährigen Leutnant a. D. v. Kracht, der in einem Anfall von epileptischen Krämpfen den Kopf und seine Wirtin mit einem Säbel angriff und dann aus dem Fenster sprang.

Sd. Berlin, 27. April. Ein neuer Fall von Genickstarre ist im Hause Friedenstrasse 97 festgestellt worden. Dort erkrankte der 61jährige Sohn der Kaiserin Schirmer plötzlich unter verdächtigen Erscheinungen. Im Krankenhaus wurde festgestellt, daß wiederum ein Fall von Genickstarre vorlag.

Sd. Leipzig, 27. April. Der Parteitag der sozialistischen Sozialdemokratie beschloß mit erdrückender Mehrheit die Wiederbereinigung an den bevorstehenden Landtagswahlen trotz des Dreiklassenwahlrechts.

* Sintiagart, 27. April. Die Kammer der Abgeordneten hat bei Beratung des Justizetat einen Antrag (Gub. Nr. 1) betr. die Gewährung von Tagelohnern und Anwaltskosten, wozu die Gewährung an die Geschworenen und Schöffen, namentlich dem Arbeiterstande die Beteiligung an diesen Funktionen zu ermöglichen, angenommen.

* Stockholm, 27. April. Nachdem die Sozialisten wegen der im Reichstage eingebrachten Freizulassung („Zuchthausgesetz“) den Generallandtag angedroht, haben gestern die Reichstagsmitglieder in Malmö die Arbeit niedergelegt. Stockholm, Dillingborg und andre Städte bereiten sich vor, zu folgen.

* Budapest, 27. April. In Komorn, Ungarn, Radskemet und Szentes sind alle Bauarbeiter in Streik getreten. Falls bis 1. Mai in Budapest, wo die Bauarbeit vollkommen ruhe, keine Einigung erzielt ist, soll ein allgemeiner Landesstreik der Bauarbeiter eintreten.

Sd. New-York, 27. April. Die New-Yorker Staatslegislatur verwarf die Bill betreffend Ausnähmung der Niagara-Fälle für industrielle Zwecke.



BILZ-BRAUSE

als bestes alkoholfreies Erfrischungs-Getränk

von den Handels- und Gerichts-Chemikern
Dr. W. Lohmann-Berlin
Dr. Kaysser-Dortmund
Dr. E. Lohmann-Halle

und andern Autoritäten analysiert, begutachtet und empfohlen.

Bilz' alkoholfreie Getränke
wurden im Jahre 1904 in einer Quantität von
25 Millionen Liter

verkauft.
Fabrikation unter ständiger Kontrolle von
F. E. Bilz' Sanatorium, Radebeul-Dresden.

500 Zweig-Fabriken und **Niederlagen**
Prämiert mit ersten Preisen auf allen beschickten Ausstellungen.

Man achte auf das mit Bildnis und Namenszug von F. E. Bilz versehene Etikett und verweigere jede Nachahmung.

Überall zu haben. Verkaufsstellen noch gesucht.
Magdeburger Mineralwasser-Fabrik
Chemisches Laboratorium für Zucker- und Kohlensäure-Industrie.
Sternstrasse 16. Dr. Emil Komoll. Fernsprecher 10.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwarz ist sparsamen Hausfrauen unentbehrlich.

Vom verdichteten Chemiker untersucht.
Angefertigt unter Kontrolle des kgl. Sanitätsr. Dr. H. Lüdcke, Halle a. S.
Wer seine Kinder lieb hat gibt ihnen **Karl Koch's** langjährig bewährten **Nährzwieback.**
Karl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.
Zu haben in Ditten und Pateten à 10, 20, 30 und 60 Pf. bei:
H. Samm jr., Tischlerstraße
Hans Eger, Breitenweg 185
H. F. Grubig, Breitenweg 120
Sottfried Späthler, Breitenweg 77 und 263
Albert Müsche Nachf., Breitenweg 249 u. Süßan Adolfsstr. 40
Max Grunbling, Jakobstraße 6
Gustav Hubert, Jakobstraße 16
Otto Sichel, Flora-Drogerie, Kienpöcherstraße 25b
In Eudenburg:
G. Starckhoff, Halberstädterstr. 113
G. Sandvort (Alte Apotheke)
H. Pirke (Hohenzollern-Apotheke)
In Ansbach:
Gustav Graf, Süßenerstraße 31
Friedr. Paul, Süßenerstraße 101
Paul Albrecht, Süßenerstraße 17
G. Schwieger, Schmidstraße 15
Herm. Zaeger, Süßenerstraße 24
In Wilschdorf:
G. Eenz, G. Diesdorferstraße 227
Max Kühn, Annsstraße 1
Otto Freitag, Annsstraße 47
In Eudenburg:
Hans Kohlmann, Rosen-Apotheke
Alb. Schmecke, Stationsstraße
In Semmerleben: Rud. Jünckel und in der Hauptniederlage
Ad. Hauber Nachf., Schönebenderstraße 103 M55

Louis Behne

Kinder- und Sportwagen nur erstklassige Fabrikate in Reichsgröße M. 13.50. Koffermotoren mit Porzellan-Getriebe, Gummi-Platten und
Eisengardien M. 35.— Sportwagen, 15 cm-Räder, M. 475. Mit Räder und Getriebe 1 Jahr Garantie. Jede Reparatur wird ausgeführt. Illustr. Kataloge gratis.

Schuh-Ausverkauf!

Herrn-, Damen-, Mädchen- und Kinder-Schuhe 2.25.
Gehr. Schachmann, Dreißigerweg 69/70.
Volksschulbücher
Lohnen, Buchhandlung, Barplatz 6

Emalliertes Küchengeschirr sowie Haus- und Küchengeräte aller Art empfiehlt äußerst preiswert
Otto Janoschek
Gr. Junkerstr. 6a, d. Sud. Bierhalle gegenüber.

Heute und folgende Tage

kommt nebst meinem großen Lager das gesamte

Schuhwaren-Lager

des verstorh. Schuhmacherswirts M. Mehlis, Spanbau, zum spottbilligen Verkauf.
Ferner verkaufe ich große Posten moderner Paletots, Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Burschen- und Kinder-Anzüge, sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben.
3283
B. Wolff
Schwertfegerstrasse No. 14

1905 Mai-Feier 1905

der Halberstädter Arbeiterschaft

Montag den 1. Mai, morgens 9 Uhr, versammeln sich die Gewerkschaften in ihren Vereinslokalen. Von dort aus findet ein gemeinschaftlicher Spaziergang nach dem „Odeum“ statt. Dasselbst um 11 Uhr: **Versammlung der Maidemonstranten.** Die Festrede wird vom Stadtverordneten Genossen Dr. Crohn gehalten. — Nachmittags 4 Uhr: **Grosses Instrumental-Konzert**, ausgeführt von der Halberstädter Stadtmusik. — Abends 8 Uhr: **Grosse Volksversammlung**, zu welcher Stadtverordneter Genosse Wilh. Haupt-Magdeburg das Referat übernommen hat. Wir erwarten von der hiesigen Arbeiterschaft, dass sie zu dieser Maifeier zahlreicher denn je erscheint. Überall, wo es nur irgend möglich ist, muss die Arbeit ruhen. ← ← ← ← ←

Die aus der Alb. Brennefischen Konkurrenzmasse herrührenden **Fahrräder** Nähmaschinen Wringmaschinen Fahrradmäntel, Schläuche Laternen, Fahrradteile und andre Waren sollen zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft werden.
Neus Itis-Fahrräder 1 Jahr Garantie, von 85 Mk. an, mit Torpedo-Freilaufnabe mit Rücktrittsbremse 15 Mk. höher. Reparaturen schnell u. billig. Kulante Zahlungsbedingungen.
Halberstädterstr. 121 b im früheren Brennefischen Laden. 3080

Fahrräder

aus einer der ersten und größten Fahrradfabrik, erstklassige Marke, neues Modell, Doppelglockenlager, geteilte Achse, mit voller Jahres-Garantie, enorm billig!
Ad. Michaelis
Apfelstr. 16, 1 Et.

Damenrad

Ein gutes neues wenig gefahren, sehr billig zu verkaufen b. Königsh. „Berst. Bierhalle“, Eudenburg, Schönigerstr. 28.
Kausen erstklassige-Fahrräder auf Wunsch Teilzahlung Anzahl 20, 30, 50 M. Abz. 3-15 M. monatlich. Einzahlungen von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig. Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co.
Charlottenburg 5. No. 281

Billige Stiefel!

Altes Bräcker 2.
Pfand-Versteigerung.
Am Mittwoch den 10. Mai, nachm. von 2 Uhr ab, gelangen in meinem Geschäftslokal
2/3 Katharinenstr. 2/3 durch den bereiten Auktionator Hrn. Biesenthal alle die im Monat Juni bis Ende September 1904 sub No. 1-919 bei mir besetzten, bis dahin weder eingelassen noch erneuerten Pfänder zur Versteigerung.
M. Birnbaum.
Erwerbungen werden am Auktionstage nur bis mittags 12 Uhr angenommen.
Automaten-Verteiler für Kaffee gesucht. Grobhandel. Offert unter N. S. 8263 an Adolf Hof, Magdeburg.

Schuhmacher-Artikel, sowie Schäfte

alle gangbaren Sorten, in vorzüglicher Ausführung, empfiehlt
Gust. Hoffmeister
Gräbelenstraße 21. 3004 Annastraße 44.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Fürstenufer 6 I (dicht bei der Strombrücke), Telefon 2841.
Hauptzweck: Auskunftsstellen für Arbeiter und Witwen, Waisen, Dienstboten, Beheringte, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von 11-1 u. 5-7 Uhr. Außer der Auskunftszeit ist das Sekretariat für Auskunftsfindende geschlossen.

Konsum-Verein Barleben

(G. G. u. S. G.)
Die ordentliche Generalversammlung
findet Sonnabend den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Wenzel mit folgender Tagesordnung statt:
1. Halbjährlicher Geschäftsbericht vom 1. Oktober 1904 bis 31. März 1905; Bericht der Revisoren; Entlastung des Vorstandes.
2. Abänderung des § 17 Abs. 4 des Statuts.
3. Vergütung der Verwaltung.
4. Verschiedenes.
Anträge sind bis 30. April an den Vorstand zu richten.
Der Aufsichtsrat.
Friedrich Michaelis, Vorsitzender.
1412

Achtung! Calbe a. S. Achtung!

Zur Maifeier am Montag den 1. Mai, nachm. 2 Uhr, im Saale der „Reichstapelle“
Oeffentliche Volksversammlung
3280 Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Abends 8 Uhr findet in demselben Lokal ein Vergnügen statt. Recht zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Gewerkschaftskartell.

Achtung! Maifeier Olvenstedt.

Es sei hier noch bemerkt, daß von 7 Uhr abends an in den drei uns zur Verfügung stehenden Sälen **Tanz- und Vergnügungen** stattfinden. Das Komitee.

Thale. Maifeier! Thale.

Sonntag mittags 12 Uhr
Gemeinschaftlicher Ausflug
Sammelplatz: Gasthof zur „Grünen Tanne“.
Montag abend 8 Uhr
Festversammlung
Referent: Dr. A. Müller-Magdeburg.
Zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen an den Gerauchungen ist Ehrenpflicht. 3287

von 50 Pf. an empfiehlt die Buchhandl. Volksstimme
Küchenzettel der Magdeburger Volksstimme Gr. Marktstr. 21.
Freitag: Kartoffelbrei mit Beber. Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.
Gesuch. Suche für soj. ein jung. williges, nettes Mädchen von 15-17 J. a. anst. Familie dauernd a. einem halb. Tag 3. Mi. in d. Haush. 3. etz. i. d. Exp. d. Bl. Ad. S. S. L. S. 2009. 1. 1. Juni 1905. Verm. Rotteb. 18. S. III. Donath.

Zirkus Variété

Täglich
Grosse Spezialitäten-Vorstellung
Anfang 8 Uhr
Alles Nähere Plakataufh.